



## 1 **Leitantrag**

2 Antragsteller: UB-Vorstand

3 Adressat: Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion,  
4 SPD-Ratsfraktion

## 6 **WIR STEHEN SOLIDARISCH ZUSAMMEN: 7 FÜR HILFE IN DER NOT UND DAUERHAFTE WEGE AUS 8 DER DAUERKRISE**

9 Viele Menschen in Deutschland stehen vor der bangen Frage: Wird es mir, wird es meiner  
10 Familie morgen noch gut gehen? Angesichts von Klimawandel, Kriegen und Krisen sind  
11 diese Sorgen berechtigt und wir sehen uns mit existenziellen Nöten, Naturkatastrophen und  
12 Radikalisierung konfrontiert.

13  
14 Mehr denn je benötigt Deutschland eine Politik mit sichtbarer sozialdemokratischer  
15 Handschrift, die in der aktuellen Krisensituation auf Gerechtigkeit, Solidarität und konkrete  
16 Hilfe setzt.

17 Gefragt ist ein koordiniertes soziales Maßnahmenpaket, das der drohenden finanziellen  
18 Überforderung und den Existenzängsten in weiten Teilen der Bevölkerung entgegenwirkt. Bis  
19 in den Mittelstand breiten sich Sorgen vor einem sozialen Abstieg und drohender Armut aus.

20  
21 In den vergangenen Jahren wurde zu wenig unternommen, um:

- 22 - die Infrastruktur zu erhalten und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen.
- 23 - individuellen Wohlstand durch offene Bildungswege und gute Arbeit zu ermöglichen.
- 24 - eine klimagerechte Wirtschaft und Verwaltung sowie ein nachhaltiges Leben zu  
25 fördern.
- 26 - Pflege- und Fürsorgeberufe mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung  
27 attraktiver zu machen.
- 28 - den Fachkräftemangel aktiv zu bekämpfen.
- 29 - Erziehungs- und Familienarbeit gleichberechtigt zu ermöglichen.
- 30 - soziale Spaltung – vor allem zwischen arm und reich – aufzuhalten und mehr  
31 Verteilungsgerechtigkeit herbeizuführen.

32  
33 Für diese Versäumnisse zahlen viele Menschen in unserem Land einen besonders hohen  
34 Preis: 2021 waren rund 13 Millionen Menschen armutsgefährdet (Pressemitteilung Nr. 327,  
35 4. August 2022, Statistisches Bundesamt). Sie wissen schon in der Mitte des Monats nicht  
36 mehr, wie sie am Ende des Monats ihre Rechnungen bezahlen sollen. Trotz ihres  
37 Einkommens und/oder staatlicher Hilfen sind sie abhängig von nicht-staatlichen Hilfen. Diese  
38 Menschen werden im Sozialstaat Deutschland trotz Bemühungen noch nicht ausreichend  
39 bedacht. Dabei gehört die Sorge für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und den Wohlstand  
40 aller, nicht der Wenigen, zu den grundlegenden Aufgaben von Politik und Gesetzgebung.  
41 Dem muss Politik (wieder) gerecht werden.

42  
43 In schwierigen Zeiten wie diesen keine einfache Herausforderung: Dauern die aktuellen  
44 Krisen weiter an, wird es noch schwerer, Wohlstand zu erreichen. Immer mehr, also auch  
45 Menschen mit durchschnittlichen Einkommen, haben die Sorge, in diesem Winter ihre Strom-  
46 und Gasrechnungen nicht bezahlen zu können. Die wenigen Ersparnisse sind schnell  
47 aufgebraucht.

48 Neben unzähligen persönlichen Herausforderungen wächst aus Abstieg und Armut auch  
49 eine Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft. Wir erleben, dass Frust über  
50 Ungerechtigkeit ein Nährboden für politische Extreme und/oder soziale Unruhen sein kann.

51



52 Doch: Wir können dem entgegenwirken. Die Solidarität in der Corona-Pandemie, während  
53 der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr oder die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischer  
54 Geflüchteter belegt eindrucksvoll: Unsere Gesellschaft ist bereit, sich persönlich  
55 einzubringen, damit es allen bessergeht.  
56

57 Sozialdemokratische Politik lässt die Bürger\*innen in ihrem Engagement nicht allein. Die  
58 Krisenbewältigung wird nicht „privatisiert“. Das Kurzarbeitergeld in der Corona-Pandemie, die  
59 Entlastungspakete oder das 9-Euro-Ticket zeigen, dass unsere Politik spürbar zu  
60 Verbesserung führt.

61 Das ist im Sinne einer gerechten Umverteilung noch ausbaufähig. Wir als Sozialdemokratie  
62 müssen dabei vorangehen und Weichen stellen, die Bürger\*innen, Vereine und Verbände  
63 langfristig und nachhaltig zu entlasten und gesellschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen. Die  
64 folgenden sechs Thesen und darin untergliederten Maßnahmen sind dafür unabdingbar.  
65

## 66 **THESE 1: JETZT MUSS HILFE KOMMEN, WO HILFE GEBRAUCHT WIRD.**

67 Um die Armutswelle zu brechen, braucht es jetzt – also im Herbst und Winter 2022/23 –  
68 kurzfristige Maßnahmen, um diejenigen zu entlasten, die am stärksten von den steigenden  
69 Preisen betroffen sind. Die Kostenexplosion setzt große Teile der Bevölkerung unter  
70 wirtschaftlichen Druck. Für uns ist klar: Politik muss den Menschen die Sicherheit geben,  
71 dass sie im Winter nicht frieren müssen oder sogar ihre Wohnung verlieren. Als  
72 Sozialdemokrat\*innen sorgen wir dafür, dass das Wohnen sicher bleibt. Mit der Erhöhung  
73 und Ausweitung des Wohngeldes und einem Kündigungsmoratorium wollen wir  
74 gewährleisten, dass keiner seine Wohnung in dieser Krise verliert. Menschen mit kleinen  
75 Einkommen werden die Strom- und Gasrechnung schlicht nicht zahlen können. Wir werden  
76 deshalb regeln werden, dass es in dieser Notlage keine Strom- und Gassperren geben wird  
77 – egal ob die Menschen ein, zwei, drei oder vier Monate im Rückstand sind. Geregelt werden  
78 muss auch, was mit den offenen Rechnungen passiert. Sie dürfen nicht in eine  
79 Schuldenspirale führen. Senior\*innen, die ihr Leben lang nie Schulden gemacht haben,  
80 stehen jetzt vor genau diesen Fragen. Auch kleinere Vermieter\*innen oder Stadtwerke, die  
81 durch Zahlungsausfälle in Schwierigkeiten geraten, werden wir unterstützen.  
82 Finanzielle Leistungen nach dem Gießkannenprinzip sind nicht gerecht und auf Dauer nicht  
83 zu stemmen. Besonders ungerecht sind pauschale Entlastungen bei der Einkommenssteuer:  
84 Gutverdiener profitieren davon überdurchschnittlich. Wer schon viel hat, bekommt noch  
85 mehr. Geringverdiener, deren Einkommen nur wenig über den Sozialhilfesätzen liegt, zahlen  
86 nur wenig Steuer und haben kaum finanzielle Vorteile, obwohl sie alle  
87 Lebenshaltungskosten, Gebühren und Zuzahlungen selbst tragen müssen. Sie werden für  
88 ihre Arbeit „bestraft“. Für diejenigen, die trotz Arbeit kaum über die Runden kommen, setzen  
89 wir uns besonders ein und fordern gezielte Hilfen, die mit steigendem Einkommen nicht  
90 plötzlich enden, sondern „ausschleichen“.

91 Darum setzen wir uns ein:

### 92 kurzfristig:

- 94 - Eine Deckelung der Energiekosten für die Bevölkerung. 80% der Energiekosten  
95 sollen durch den Staat gedeckelt werden, 20% der Energiekosten verbleiben zu  
96 Marktpreisen, damit ein Anreiz zum Energiesparen geschaffen wird.
- 97 - Die Entlastung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und Renten bei  
98 Steuern, Abgaben und Zuzahlungspflichten, zum Beispiel bei  
99 Krankenkassenleistungen, Schokoticket, Rundfunkbeitrag etc.
- 100 - Wir setzen uns ergänzend zum bundesweiten 49 Euro-Ticket für ein landesweites 29  
101 Euro-Ticket ein.
- 102 - Das Bürgergeld muss erhöht werden und stets an die Inflationsrate angepasst  
103 werden. Es soll eine einmalige Ausgleichszahlung für Hartz4 Empfänger\*innen im  
104 Jahr 2022 geben.
- 105 - Die beschleunigte Einführung der Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 600  
106 Euro monatlich bis 2024 mit Leistungssätzen, die die Bildungskosten realistisch  
107 abdecken und Kinderarmut verhindern.



- 108 - Ein spezielles Hilfspaket für Familien, insbesondere für bedürftige Alleinerziehende  
109 und ihre Kinder.  
110 - Die Berücksichtigung von Rentner\*innen, Studierenden und Auszubildenden und  
111 Menschen mit Behinderungen bei künftigen Entlastungen und Zuschüssen.  
112 - Ein Moratorium gegen Versorgungssperren im Bereich des Daseinsvorsorge  
113 (Energie, Wasser, ...) bei nicht selbstverschuldeter Zahlungsunfähigkeit.  
114

115 mittelfristig:

- 116 - Ein Sozial- und Steuersystem, das Wohnen, Lebensmittel, Energie, Mobilität und  
117 Teilhabe für alle zu jeder Zeit sichert und mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit  
118 schafft.  
119 - Die Freistellung von kleinen und mittleren Renten von der Einkommenssteuerpflicht.  
120 - Ein Ende der familienfeindlichen Anrechnung von Kindergeldzahlungen auf  
121 Sozialleistungen.  
122 - Die Begrenzung von Minijobs, damit lohnabhängige Beschäftigung in jedem Fall zu  
123 einer angemessenen Altersvorsorge beiträgt.  
124 - Die Stärkung der Erwerbstätigkeit von Frauen, insbesondere durch den Abbau von  
125 Fehlanreizen im Steuer- und Abgabensystem und die gleichberechtigte  
126 Wahrnehmung von Sorgearbeit.  
127 - Die Umsetzung unserer wohnungspolitischen Ziele zum Mieterschutz, zur  
128 Mietpreisbegrenzung, zum Bau von jährlich 100.000 Sozialwohnungen und zur  
129 Schaffung eines sozialen Wohnungsmarktes, z.B. durch eine neue  
130 Wohnungsgemeinnützigkeit.  
131 - Die Einführung eines Pilotprojekts zu kostenlosen ÖPNV-Angeboten in Düsseldorf.  
132 - Städtisch geförderter sozialer Wohnungsbau gezielt auch für Fachkräfte wie  
133 Pfleger\*innen und zukünftige Fachkräfte wie Studierende und Auszubildende.  
134

135 **THESE 2: SOZIALPOLITIK WIRKT VOR ORT AM BESTEN.**

136 Die Lebensbedingungen der Menschen hängen massiv von der finanziellen  
137 Leistungsfähigkeit der Kommunen ab. In Düsseldorf konnte auf Initiative der SPD ein  
138 sozialer Arbeitsmarkt geschaffen werden. Das ist bundesweit die Ausnahme. Den Städten  
139 und Gemeinden fehlt das Geld für eine wirkungsvolle Sozialpolitik – für die vollständige  
140 Abschaffung von Kita-Gebühren, für umfassende Lernmittelfreiheit (Kostenfreiheit von  
141 Schulbüchern und digitaler Technik, bis Mittagessen und Schokoticket etc.), für bezahlbare  
142 Eintrittspreise in Schwimmbäder, für die Beschäftigung von Kümmerern in den Vierteln und  
143 Nachbarschaften, für den Ankauf von Wohngebäuden und Wohnungsbaugrundstücken  
144 sowie den Bau von bezahlbaren Wohnungen in kommunaler Hand. Wir treten ein für eine  
145 bessere finanzielle Ausstattung kommunaler Haushalte. Und für eine Konzentration der  
146 vorhandenen städtischen Mittel auf das Wesentliche: Arbeit, Bildung, Wohnen und sozialer  
147 Zusammenhalt.

148 Das Zusammenleben in Städten und Gemeinden funktioniert nur, weil viele ehrenamtlich  
149 getragene Initiativen mithelfen, den Laden am Laufen zu halten. Das bricht nun weg, wenn  
150 diejenigen, die spenden und helfen, selbst schauen müssen, wo sie bleiben. Die Tafeln zum  
151 Beispiel sind vielerorts am Limit. Karitative Einrichtungen bekommen viel weniger Spenden  
152 als früher. Diese Organisationen brauchen finanzielle Unterstützung von Land und Bund,  
153 damit sie weiterhelfen können.

154 Deshalb fordern wir:

155  
156 kurzfristig:

- 157 - Keine Kürzungen von sozialen Leistungen und Angeboten im städtischen Haushalt.  
158 - Die Ausweitung des Düsseldorfpasses auf Haushalte, deren Einkommen bis zu 20% über  
159 den Sätzen des Arbeitslosengelds II liegt (bislang 10%).  
160 - Die Priorisierung notwendiger Investitionen in die kommunale Daseinsfürsorge: in  
161 soziale Infrastruktur, Wohnen, Bildung, klimaschonenden Verkehr.



- 162 - Soforthilfen von Land und Bund für die kommunalen Kassen, z.B. durch die  
163 Übernahme der in den kommunalen Haushalten gesondert ausgewiesenen  
164 Coronaschulden.  
165 - Städtische Direktzuschüsse für karitative Einrichtungen und Angebote, um den  
166 erhöhten Bedarf an Beratungsangeboten und Hilfsleistungen zu decken.  
167 - Energiekostenhilfen des Bundes für Träger der Sozialhilfe und der Kinder- und  
168 Jugendarbeit.  
169 - Die Stadt Düsseldorf dazu auf, für die Stadtwerke Düsseldorf ein Moratorium zu  
170 erstellen, das das Abschalten von Energielieferungen wie Gas und Strom  
171 ausschließt.  
172

#### mittelfristig:

- 174 - Die stärkere Beteiligung der Kommunen am Steueraufkommen von Bund und  
175 Ländern.  
176 - Das Zurückfahren befristeter Förderprogramme von Bund und Land, die mit hohem  
177 bürokratischen Aufwand immer neu beantragt werden müssen, zugunsten einer  
178 verbesserten Regelfinanzierung, z.B. Digitalpakt Schule.  
179 - Die dauerhafte Sicherung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge auf  
180 kommunaler Ebene, die bei Bürger\*innen wirklich ankommt.  
181 - Boden muss in öffentliche Hand, um ihn der Spekulation zu entziehen. Diese kann  
182 ihn dann über Erbpachtmodelle Selbstnutzer\*innen bzw. für bezahlbaren  
183 Mietwohnungsbau zur Verfügung stellen.  
184 - Verstärkte finanzielle Unterstützung von sozialen Einrichtungen für das  
185 Allgemeinwohl wie die Tafel mit städtischen Mitteln.  
186

### **THESE 3: FÜR AUSREICHENDE LÖHNE IN UND NACH DER KRISE**

188 „Mitarbeiter\*in/Auszubildende\*r dringend gesucht“ – solche Aushänge springen aktuell an  
189 vielen Stellen ins Auge – egal, ob im Supermarkt, in der Lieblingskneipe, beim  
190 Handwerksbetrieb in der Nachbarschaft. Der Fachkräftemangel beeinträchtigt mittlerweile  
191 massiv unseren Alltag. Um das zu ändern, braucht es vor allem attraktivere  
192 Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung: Alle müssen von ihrem Einkommen ein gutes  
193 Leben führen können, ohne jeden Cent umdrehen zu müssen. Es geht aber auch um  
194 Respekt. Wenn Presseartikel übertitelt sind mit „Endstation Supermarktkasse“ – wer wird  
195 dann eine Ausbildung im Einzelhandel anstreben? Die Idee einer längeren Wochen- und  
196 Lebensarbeitszeit ist von vorgestern und wird Probleme, wie den Fachkräftemangel nicht  
197 lösen, deshalb lehnen wir sie ab.

#### Stattdessen brauchen wir:

199

#### kurzfristig:

- 201 - Angemessenen Inflationsausgleich bei Löhnen und Lohnersatzleistungen. Die  
202 öffentlichen Arbeitgeber müssen dabei vorangehen.  
203 - Deshalb solidarisieren wir uns mit allen streikenden Arbeitnehmer\*innen und  
204 unterstützen die gewerkschaftlichen Bemühungen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften  
205 nach all unseren Möglichkeiten.  
206 - Die Anhebung und Ausweitung des BAFöG inklusive des Meisterbafög und einem  
207 elternunabhängigen BAFöG und die Deckelung des Krankenkassenbeitrags für  
208 Studierende.  
209 - Bessere Aufstiegschancen für junge Menschen, zum Beispiel durch eine  
210 Ausbildungsgarantie. Dabei müssen Unternehmen ab einer festzulegenden Größe  
211 entweder Ausbildungsplätze anbieten, oder eine Umlage zahlen.  
212

#### mittelfristig:

- 214 - Das entschiedene Bekämpfen von Niedriglöhnen und unsicherer Beschäftigung,  
215 durch die Begrenzung von Leiharbeit, die Abschaffung Sachgrundloser Befristungen,  
216 sowie die Abschaffung des Sonderbefristungsrechtes, nach dem WissZeitVG, in der  
217 Wissenschaft nach der Promotion.



- 218 - Die kontinuierliche Weiterentwicklung von Mindestlohn und Azubi-Mindestvergütung  
219 über die Inflationsrate hinaus.  
220 - Die rechtliche Stärkung und Anwendung der Allgemeinverbindlichkeit von  
221 Tarifverträgen,  
222 - Verbesserter Zugang zu beruflicher Weiterbildung.  
223 - Die Öffnung des Arbeitsmarktes, für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland  
224 leben,  
225 - Die Sicherung eines stabilen Rentenniveaus.  
226 - Eine bessere soziale Absicherung für Solo-Selbstständige.  
227 - Den Mindestlohn für Menschen, die in Werkstätten für angepasste Arbeit beschäftigt  
228 sind.  
229 - Auch die Einführung der Bürgerversicherung bleibt in diesem Kontext ein  
230 notwendiges Anliegen.  
231

#### 232 **THESE 4: „FÜR SOZIAL GERECHTEN KLIMASCHUTZ“**

233 Die Klimakatastrophe muss mit aller Konsequenz aufgehalten werden. Vom Klimawandel  
234 betroffen sind vor allem die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten, oder marginalisierten  
235 Gruppen in unserer Bevölkerung. Sie wohnen in schlechter gedämmten oder von Hitze  
236 stärker betroffenen Wohnungen und Straßenzügen, sind stärker von den Emissionen,  
237 Schadstoff- und Lärmbelastungen des Verkehrs betroffen und haben zugleich  
238 beschränkteren Zugang zu Mobilität und sie arbeiten tendenziell in Berufen, die stärker vom  
239 Klimawandel betroffen sind. Ebenso sind gesundheitlich beeinträchtigte und ältere Menschen  
240 überproportional durch Erderwärmung und Umweltverschmutzung betroffen. Für sie gilt es  
241 die Folgen abzdämpfen und das weitere Fortschreiten des Klimawandels aufzuhalten. Die  
242 energetisch schlechtesten Gebäude müssen zum Beispiel zuerst saniert werden und  
243 besondere Maßnahmen für verstärkt betroffene Menschen umgehend umgesetzt werden.  
244

245 Besonders in diesen beiden letzten Jahren haben wir aber auch gesehen, dass die Folgen  
246 des Klimawandels zum Beispiel durch vermehrte Niedrigwasserphasen am Rhein unseren  
247 Industrie- und Wirtschaftsstandort gefährden, unsere Lebensmittelversorgung und unsere  
248 Wälder durch Trockenphasen bedrohen oder unser unsere Städte wie beim Hochwasser  
249 2021 überfluten. Die Folgen des Klimawandels treffen uns alle und sind auch eine  
250 Bedrohung für Arbeitsplätze und den Lebensstandort NRW. Eine gute Zukunft gibt es nur mit  
251 Klimaschutz.

252 Die notwendigen Maßnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass sie nicht dazu führen,  
253 andere Krisen zu verschärfen, insbesondere das Armutrisiko zu erhöhen. Gleichzeitig darf  
254 Klimaschutz auch nicht einfach in die Verantwortung des Einzelnen verschoben werden. Um  
255 klimafreundliches Verhalten für alle alltagstauglich zu machen, braucht es verfügbare und  
256 bezahlbare Alternativen, insbesondere z.B. bei der Mobilität. Es braucht mehr Tempo beim  
257 Umbau der Wirtschaft durch Investitionshilfen und klare Vorgaben und schließlich auch die  
258 politische Bereitschaft, die Privilegien der Wohlhabenden zu beschneiden, die mit ihrem  
259 überbordenden Lebensstil, das Klima weit überdurchschnittlich belasten.  
260

261 Die soziale und die ökologische Frage können nur und müssen gemeinsam gelöst werden.  
262 Für konsequente Klimaschutzpolitik brauchen wir einen starken Staat und eine gestaltende  
263 Politik, die Verteilungs- und Interessenskonflikte nicht scheut oder dem Markt überlässt,  
264 sondern sie offen angeht und auflöst. Für eine soziale Klimapolitik brauchen wir eine  
265 zugeschnittene Politik, die ohne Gießkannen funktioniert und eine Abschaffung von  
266 Privilegien.

267 In diesem Sinne fordern wir:

#### 268 kurzfristig:

- 269  
270 - Die beschleunigte Einführung des „Klimageldes“ als direkte Entlastung vom CO2-  
271 Preis für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.  
272 - Die Wiedereinführung attraktiver Zuschüsse für die energetische Voll-Sanierung von  
273 Mietwohnungen und Eigenheimen bzw. -wohnungen.



- 274 - Das generelle Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und ein vorübergehendes  
275 Tempolimit von 100, um Energie zu sparen.  
276 - Den Ausschluss klimaschädlicher Soforthilfen wie den Tankrabbatt.  
277 - Mehr städtische Zuschüsse für bedürftige Haushalte, um energiesparende  
278 Haushaltsgeräte anzuschaffen.  
279 - Die Ausweitung der aufsuchenden Energieberatung zum Strom- und Gassparen im  
280 Haushalt.

281

282 mittelfristig:

- 283 - Die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs.  
284 - Die Besteuerung von Kerosin.  
285 - Ein EU-weites Verbot von Einwegplastik, inklusive Verpackungen.  
286 - Den massiven Ausbau der öffentlichen E-Ladeinfrastruktur.  
287 - Nachhaltig und klimaschonend erzeugte Grundnahrungsmittel auf pflanzlicher Basis  
288 kostengünstiger anzubieten als konventionell erzeugte Lebensmittel tierischer  
289 Herkunft.  
290 - Eine Investitionsoffensive (Ausbau, Instandhaltung, Reinigung) für die Düsseldorfer  
291 Bahnhöfe, insbesondere die Erweiterung des S-Bahnhofs Gerresheim zu einer  
292 attraktiven und barrierefreien Stadtteilverbindung.  
293 - Eine Neubewertung der Düsseldorfer Gaslaternen-Regelung, um mehr Laternen als  
294 bislang vorgesehen klimafreundlich umzurüsten.  
295 - Die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung mit Nachdruck umzusetzen.  
296 - Die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland soll in Zukunft überwiegend  
297 zusammen mit Partnern im Europäischen Wirtschaftsraums organisiert werden,  
298 wodurch Nachhaltigkeit mit einer demokratisch legitimierten Wertschöpfungskette  
299 gewährleistet wäre.  
300 - Die Vereinfachung der steuerlichen Bewertung von privat erzeugtem Photovoltaik-  
301 Strom und Mieterstrom.  
302 - Ein günstiges und bundesweit einfach zu nutzendes Ticketsystem und gleichzeitig  
303 langfristig deutlich höhere Investitionen in die Infrastruktur (z. B. Netz, Personal,  
304 Züge).  
305 - Investitionen in den Radverkehr, so dass er eine echte Alternative in der Nahmobilität  
306 bietet. Als Richtwert für Städte sollten Investitionen in Höhe von mindestens 25,- €  
307 pro Einwohner und Jahr in die Fahrradinfrastruktur gelten.  
308 - Klare Rahmenbedingungen, um Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen.  
309 Dies führt zu Investitionen in den Klimaschutz und macht den Standort  
310 Deutschland zukunftsfähig. Dies sichert Beschäftigung.  
311 - Die Beendigung der Förderungen für klimaschädliche Technologien.

312

313 Ein starker Lebensstandort braucht einen starken Wirtschafts- und Industriestandort.

314 Düsseldorf ist starker Wirtschafts- und Industriestandort, der vielen Menschen Arbeit und

315 Wohlstand bietet. Gute Arbeit ist die Voraussetzung für gutes Leben. Fachkräfte in

316 Handwerk, Industrie und allen Wirtschaftsbereichen sind essenziell für die Zukunft. Diese

317 Arbeitsplätze gilt es zu sichern und zu vermehren. Dafür braucht es starke Gewerkschaften,

318 ebenso wie den Dialog mit der Industrie. Eine starke Industrie kann es nur geben, wenn die

319 Wirtschaft gute und tarifvertragliche Arbeit bietet.

320 Ohne die Innovation und Leistungen der Unternehmen und insbesondere der vielen KMU

321 gelingt uns die Transformation zu einer klimaneutralen und gerechten Gesellschaft der

322 Zukunft nicht. Wie unsere gesamte Gesellschaft sind unsere Wirtschaft und unsere Industrie

323 im Wandel. Die Digitalisierung, der Klimawandel und die damit verbundene Transformation

324 zur Klimaneutralität und andere Herausforderungen zwingen die Unternehmen sich auf die

325 Zukunft ausrichten. Dabei gilt es zu unterstützen und die Unternehmen anzutreiben, aber

326 auch sie in die Pflicht zu nehmen.

327 Die Krise trifft auch alle Unternehmen. Es gilt unseren Wirtschafts- und Industriestandort und

328 damit unseren Wohlstand zu sichern. Dazu braucht es zielgerichtete Unterstützung für



329 Unternehmen, die durch die hohen Energiepreise betroffen oder durch Abwanderung  
330 bedroht sind.  
331 Auch abseits der Energiekrise spüren wir, dass die vielen Krisen das globalisierte  
332 Wirtschaftssystem in seinen Grundfesten erschüttern. Lebenswichtige Produkte sind nicht  
333 oder schlecht verfügbar, die globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten sind gestört.  
334 Einerseits gilt es Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft sowie die Nutzung heimischer  
335 Ressourcen zu stärken, andererseits brauchen wir den aktiven Wieder- und Neuaufbau und  
336 die Stärkung regionaler und europäischer Wertschöpfungsketten. Eine gerechte Gesellschaft  
337 braucht aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik.

338 Wir fordern:

339

340 Kurzfristig:

341 Auf Bundesebene:

- 342 - Die Entlastung von unverschuldet durch die Energiekrise in Not geratenen
- 343 Unternehmen z.B. durch die Deckelung der Energiekosten bei 75% des Verbrauchs.
- 344 - Die Unterstützung von Unternehmen bei der kurzfristigen Umstellung der
- 345 Energieversorgung.
- 346 - Die Sicherung von Arbeitsplätzen durch erweitertes Kurzarbeitergeld, Jobgarantien
- 347 und Kündigungsverbote.
- 348 - Die konsequente Abschöpfung von Übergewinnen von Energieunternehmen und
- 349 Banken.
- 350 - Die Deckelung der Energiekosten für Unternehmen. 80% der Energiekosten sollen
- 351 durch den Staat gedeckelt werden, 20% der Energiekosten verbleiben zu
- 352 Marktpreisen, damit ein Anreiz zum Energiesparen geschaffen wird.

353

354 Auf Landesebene:

- 355 - Stützung der Wirtschaft durch unbürokratische und kurzfristige Hilfspakete und
- 356 Kredite, grade für Selbständige, kleinere und mittlere Handwerks- Gewerbebetriebe.

357

358 Auf kommunaler Ebene:

- 359 - Den Erhalt von Flächen für Industrie und Gewerbe.

360

361 Mittelfristig:

362 Auf Bundesebene:

- 363 - Eine aktive Wirtschaftspolitik zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und im
- 364 Sinne der Daseinsvorsorge.
- 365 - Die Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit bezahlbarer, klimaneutraler
- 366 Energie.
- 367 - Die Förderung von und Verpflichtung zum klimaneutralen Umbaus von Unternehmen.
- 368 - Die Fachkräftesicherung durch die Ausbildungsplatzgarantie.
- 369 - Gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren

370

371 Auf Landesebene:

- 372 - Die Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit bezahlbarer, klimaneutraler
- 373 Energie.
- 374 - Gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren.
- 375 - Den Ausbau der Mobilitätsangebote mit besonderem Fokus auf Arbeitnehmer\*innen.

376

377 Auf kommunaler Ebene:

- 378 - Düsseldorf als nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftsstandort wahrzunehmen und zu
- 379 positionieren.
- 380 - Gute Arbeit durch Tarifbindung und Mindeststandards bei Vergabeverfahren.
- 381 - Den Erhalt und die Schaffung von Flächen für Industrie und Gewerbe.

382

383

384



385 **THESE 5: DEMOKRATIE BRAUCHT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT.**

386 Wir sehen – genauso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund – dringenden Handlungsbedarf,  
387 um die Einnahmesituation des Staates zu verbessern, Investitionen in Infrastruktur und  
388 Klimaschutz zu ermöglichen, den Sozialstaat und Gemeinwesen zu stärken und gleichzeitig  
389 Bürger\*innen mit mittlerem und geringem Einkommen zu entlasten.

390 Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen und den Wohlstand aller, nicht der  
391 Wenigen zu sichern, gehört zu den grundlegenden Aufgaben von Politik und Gesetzgebung.  
392 Wir fordern unsere Regierung auf, ausreichend Mittel aus dem Bundeshaushalt in die  
393 dringend erforderliche Umverteilung zu investieren. Steuern, Zölle und Gebühren müssen  
394 gerecht auf die Schultern der Bürger\*innen verteilt werden. Ein Sozialstaat verteilt dabei nur  
395 so viel Last auf ein Paar Schultern, wie diese auch tragen können.

396 Daher fordern wir:

397

398 kurzfristig:

- 399 - Eine Krisenabgabe auf große Vermögen.
- 400 - Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer zugunsten der Kommunen, um die
- 401 Spekulation mit Grund und Boden einzuschränken.
- 402 - Die konsequente Umsetzung der Grundsteuer C auf unbebaute Grundstücke in
- 403 Düsseldorf ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt im Jahr 2025.
- 404 - Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 60% für extrem hohe Einkommen von
- 405 mehr als 250.000 € im Jahr.
- 406 - Die Abschaffung der Schuldenbremsen für den Bundes- und den städtischen
- 407 Haushalt.
- 408 - Die Abschaffung der kalten Progression.

409

410 mittelfristig:

- 411 - Die Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer mit einem Höchstsatz von 5% auf
- 412 Vermögen von mehr als 2 Millionen €.
- 413 - Eine wirksame und gerechte Erbschaftssteuer in Höhe von bis zu 50% auf Vermögen
- 414 von über 100 Millionen € und von 70% bei Vermögen von über 500 Millionen €. Die
- 415 bewährten Freibeträge für Verwandte sollen beibehalten werden. Die extreme
- 416 steuerliche Bevorzugung von vererbtem Betriebsvermögen soll durch eine
- 417 langjährige Streckung der Steuerschuld ersetzt werden.
- 418 - Die Einführung einer wirksamen Finanztransaktionssteuer auf alle Produkte des
- 419 Finanzmarktes,
- 420 - Die Stärkung der Steuerfahndung nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens unter
- 421 SPD-Finanzminister Norbert Walter-Borjans, um verstärkt gegen organisierte
- 422 (Wirtschafts-) Kriminalität, Geldwäsche und illegale Umsatzsteuerkarusselle
- 423 vorzugehen.
- 424 - Eine Reform der Kapitalertragssteuer, damit Kapitalerträge (Dividenden, Zinserträge
- 425 und realisierte Kursgewinne) künftig nicht mehr pauschal, sondern wie Löhne und
- 426 Gehälter mit dem tatsächlichen, individuellen Steuersatz abgerechnet werden. Bis zu
- 427 einer bestimmten Summe soll es einen niedrigen Freibetrag geben.
- 428 - Eine grundlegende Reform des Steuersystems, die es vereinfacht und Schlupflöcher
- 429 schließt.





## **Antrag 1**

**Antragsteller:** Arbeitskreis EUROPA der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Düsseldorf

**Adressat:** SPD Unterbezirk Düsseldorf, AK Europa der SPD NRW, Europaabgeordnete der SPD, SPD-Bundestagsabgeordnete im Europaausschuss, SPD-Ratsmitglieder im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit (im Folgenden: „Adressaten“)

## **ERNEUERUNG EUROPAS AUFFORDERUNG, DAS ENGAGEMENT ABERMALS ZU VERSTÄRKEN AUFFORDERUNG, MEHR ZU KOMMUNIZIEREN**

Im Hinblick auf das Projekt „Konferenz zur Zukunft Europas“ und der Rede des Bundeskanzlers Olaf Scholz in Prag v. 29.08.2022 wurden u. a. 178 Empfehlungen dem Plenum der Konferenz zur weiteren Beratung in Europaparlament, Kommission und dem Rat der EU überreicht.

Viele dieser Empfehlungen bedürfen keiner Vertragsänderungen und könnten somit zeitnah umgesetzt werden. Daher erwartet der AK EUROPA DÜSSELDORF ungeachtet anerkannter Bemühungen einen forcierten Einsatz und regelmäßige Fortschrittsberichte insbesondere in Bezug auf folgende Themenbereiche:

### **Reformen der Entscheidungsstrukturen in den EU-Gremien**

Die demokratisch gewählten und solchermaßen legitimierten Gremien der EU müssen die ihnen zustehenden Rechte erhalten:

- Stärkung des Parlamentarismus, insb. das Initiativrecht des Parlaments
- Ersetzung des Einstimmigkeitsprinzips durch ein Mehrstimmigkeitsprinzip
- ein einheitliches europäisches Wahlrecht ab 16 Jahren
- Einrichtung transnationaler Listen und / oder die Einrichtung von Wahlkreisen, die es der Bürgerschaft erlauben, eine Person ihrer Region in das Parlament zu entsenden.

### **Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik**

Wenn wir in einer Welt der erneuten Blockbildung (und dies findet statt) die Werte des Ersten Abschnitts der Deutschen Verfassung und der Charta der Europäischen Union wahren und verbessern wollen, dann müssen wir es endlich schaffen, als Europäische Einheit mit **einem** (sic!) legitimierten Außenkommissariat aufzutreten, das ausschließlich der Kommission zugeordnet ist. Diese Werte können nur verteidigt und hochgehalten werden, wenn an den EU-Außengrenzen endlich ein menschenwürdiger Umgang mit Geflüchteten und Asylsuchenden garantiert werden kann. Ein Abdrängen von Schutzsuchenden in gefährliche Gewässer oder Grenzgebiete und dadurch die Weigerung der Aufnahme eines Asylverfahrens oder gar eine Auslagerung des „Verfahrens“ in z.B. libysche Lager dürfen nicht akzeptiert werden.

Das Asylrecht gilt unabhängig von Arbeits- oder Bleibeperspektiven der Menschen.

Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge sind zu bekämpfen.

Dafür haben sich alle Mandatsträger\*innen und Regierungsmitglieder der SPD einzusetzen.

### **Klimaschutzmaßnahmen**

Nur Randbereiche der Gesellschaft leugnen heutzutage die Tatsache des menschengemachten Klimawandels. Dennoch schaffen es EU-Kommission und Europäischer Rat nur maßvoll („Fit for 55“), angemessene Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen.



53 Daher werben wir für eine stärkere Unterstützung der progressiven Kräfte im Parlament,  
54 insbesondere der Mitglieder der S&D Fraktion.

55

### 56 **Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern**

57 Nach wie vor werden die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der  
58 Europäischen Union nicht einheitlich vertreten. Dies führt dazu, dass Unternehmen  
59 anhaltend auf der Jagd nach monetär günstigeren Standorten die Beschäftigten in der EU  
60 gegeneinander ausspielen. **Dies gilt es zu beenden.** Auch international stehen wir an der  
61 Seite von Arbeitnehmer\*innen. Deshalb fordern wir ein starkes EU-Lieferkettengesetz.

62

### 63 **Stärkung der „sozialen Säule“**

64 Die Stärkung der „sozialen Säule“ wurde beschlossen. Der Beschluss ist ebenso epochal wie  
65 begrüßenswert – und unverbindlich. Die „soziale Säule“ ist nichts anderes als das inhaltliche  
66 Pendant (Gegenstück) zum vertraglich vereinbarten Binnenmarkt. **Es gilt also, den**  
67 **Binnenmarkt, um die soziale Dimension zu ergänzen.**

68

### 69 **Kommunikation**

70 Der AK EUROPA der SPD Düsseldorf ist nicht das erste Gremium, das sich mit den  
71 vorgenannten Aspekten an weiterführende Gremien wendet. Was die Basis der Partei (jedes  
72 Mitglied / die kommunalen Gremien) vermisst, ist eine **regelmäßige Berichterstattung** und  
73 ein ebenso **regelmäßiger Austausch** zwischen den parlamentarisch Gewählten und der  
74 Parteibasis. Damit leugnen wir nicht das Engagement der Mandatierten. Zeitnaher möchten  
75 wir informiert sein über:

76

- den aktuellen Fahrplan / Kurzfristplan unserer Mandatierten
- die konkreten Maßnahmen und Aktivitäten unserer Mandatierten.

77



1 **Antrag 3**

2 Antragsteller: OV Bilk

3 Adressat: SPD-Ratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

4

5 **ENTLASTUNGSPAKETE FÜR DÜSSELDORF & NRW**

6

7 Die SPD Düsseldorf fordert den Oberbürgermeister und die schwarz-grüne Mehrheit im Rat  
8 der Stadt Düsseldorf sowie die schwarz-grüne Landesregierung und den Landtag NRW auf  
9 Entlastungspakete aufzulegen.

10

11 **Begründung:**

12 Die SPD geführte Bundesregierung hat in drei Entlastungspaketen 240-250 Milliarden Euro  
13 mobilisiert um die Lasten, die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entstanden  
14 sind, bei der Bevölkerung, Unternehmen, Vereinen sowie Institutionen abzufedern.

15 Die schwarz-grün regierte Landeshauptstadt Düsseldorf samt ihres CDU-

16 Oberbürgermeisters und das ebenso regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen tun jedoch

17 so, als ob es nicht ihre Aufgabe wäre ebenso zur Entlastung beizutragen. Jegliche

18 Verantwortung wird auf den Bund abgewälzt und stattdessen zusätzliche finanzielle

19 Forderungen gestellt. Lasten sollten aber gleichmäßig verteilt werden, zumal viele

20 Möglichkeiten zur Entlastung in die Zuständigkeit der Kommunen oder der Länder fallen.



## 1 **Antrag 4**

2 Antragsteller: OV Bilk und AK Europa

3 Adressat: UB-Vorstand

4

## 5 **EUROPA BRAUCHT EUROPÄER\*INNEN – HEUTE INS** 6 **MORGEN STARTEN**

7

8 Der Unterbezirksparteitag beauftragt den Unterbezirksvorstand mit folgenden Punkten:

- 9 - Die umgehende Besetzung einer Taskforce ‚Europawahl‘
- 10 - Einen von anderen Ebenen unabhängigen Grundzeitplan zur Vorbereitung der Wahl
- 11 - Einen Plan zur Vorbereitung, Einbindung und Motivation der Parteibasis, z.B. mit
- 12 einer Wahlkampfwerkstatt spätestens ein Jahr vor der Wahl und/oder einer
- 13 Wahlkampfwerkstatt kurz vor Beginn des Straßenwahlkampfes
- 14 - Einen inhaltlichen Parteitag mit Europaschwerpunkt 2023 (möglicherweise kombiniert
- 15 mit Werkstatt 1)
- 16 - Die europapolitische Aufladung kommunalpolitischer Debatten (wo möglich und
- 17 angebracht)
- 18 - Die frühzeitige europapolitische Positionierung in der Öffentlichkeit
- 19 - Die Einbindung dieses Prozesses in die Strategie für den Kommunalwahlkampf

20

### 21 **Begründung:**

22 Nicht erst seit der offensichtlichen Uneinigkeit der Staaten der EU mit Blick auf den  
23 russischen Angriffskrieg ist allen klar: Das Europa, wie wir es uns wünschen würden, ist in  
24 Gefahr. Der jahrzehntelange Vorrang nationaler Interessen, der Dominanz von Wettbewerb  
25 vor Daseinsvorsorge, die Wahlerfolge von rechtsradikalen und faschistischen Parteien haben  
26 am Fundament eines demokratischen Europas gerüttelt. In vielen Ländern sind die Folgen  
27 der letzten Finanzkrise noch immer zu spüren, die stetige Umverteilung von unten nach oben  
28 in allen Mitgliedsstaaten, die Klimakrise, Corona, der russische Angriffskrieg und die  
29 folgende Energiekrise haben viele Menschen verunsichert und – teils zu Recht – wütend  
30 gemacht. Wo es europäische Lösungen gab, haben sie getragen. Wo wir versagt haben,  
31 haben die Menschen die Folgen verschiedenster Krisen umso härter zu spüren bekommen.  
32 Zur gleichen Zeit haben Rechte, Ultrakonservative und Neofaschisten mit vermeintlich  
33 einfachen Lösungen von der Verunsicherung profitiert und Menschen manipuliert. Ihr Version  
34 von Europa heißt ‚Europa der Vaterländer‘ und ihr Zukunft ist das Gegenteil von Vielfalt,  
35 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

36

37 Die einzige Antwort auf die Krisen der Zeit kann eine gemeinsame sein. Der einzige Weg in  
38 die Zukunft Europas kann ein gemeinsamer sein. Der einzig erfolgreiche Weg kann ein  
39 sozialdemokratischer sein. Dazu müssen die Parteien der Sozialdemokratischen Partei  
40 Europas die Wahl 2024 gewinnen – mit einer klaren Vision von einer besseren EU. Wir  
41 können alle vor Ort unseren Beitrag leisten. Jetzt haben wir noch über 18 Monate Zeit bis zur  
42 Wahl. Es ist der richtige Moment, um sich für die Europawahl aufzustellen und sich einen  
43 Zeitplan zu geben, um die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf  
44 in Düsseldorf zu schaffen, um uns alle zu aktivieren und zu motivieren und auch die  
45 Öffentlichkeit bereits für die Europawahl zu sensibilisieren. Die vorliegenden Punkte liefern  
46 Struktur und einen ersten Grundzeitplan auf dem Weg dorthin, 2024 bei der Europawahl als  
47 stärkste Kraft in Düsseldorf abzuschneiden.



## 1 **Antrag 5**

2 Antragsteller: OV Bilk

3 Adressat: Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion,  
4 SPD-Ratsfraktion

5

## 6 **BUS UND BAHN FÜR ALLE BEZAHLBAR MACHEN**

7

8 Nach dem Beschluss der Verkehrsministerkonferenz wird ein bundesweit gültiges Ticket für  
9 49€ für Bus und Bahn ermöglicht. Damit wird Mobilität einfacher, Tarifgrenzen von  
10 Verkehrsverbänden überwunden und Mobilität günstiger. Das begrüßt die SPD Düsseldorf.  
11 Zu Sozialtickets und Lösungen für Kinder und Jugendliche gibt es keine Regelungen, ebenso  
12 für Mobilität nur in NRW. Daher fordern wir auch hier Antworten, die durch die  
13 Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gegeben und auf den Weg gebracht werden  
14 müssen:

- 15 - Kostenfreie Mobilität für Kinder und Jugendliche in ganz NRW
- 16 - Ein bundesweit gültiges Sozialticket für 19€
- 17 - Ein NRW-weit gültiges Ticket für 29 €

### 18 **Begründung:**

19 Mit dem bundesweit gültigen 49€-Ticket ist eine bezahlbare Lösung für Bus und Bahn  
20 beschlossen worden, die wir begrüßen, auch wenn wir ein 29€-Ticket favorisiert haben. Auf  
21 diesem Weg müssen wir aber alle mitnehmen. Das heißt auch unterschiedlichen  
22 Bedürfnissen gerecht zu werden und diesen Angebote zu machen. Mobilität ist auch eine  
23 soziale Frage, für die wir als Sozialdemokratie Antworten geben müssen.

24

25 Mobil zu sein bedeutet Teilhabe. Das gilt insbesondere für die Jüngsten in unserer  
26 Gesellschaft. Hier darf die eigene Mobilität nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Auch  
27 wenn der Weg zur Schule vielleicht zu Fuß zurückgelegt wird, so sind doch Freundinnen und  
28 Freunde, Freizeit und Kultur meist nur mit Bus und Bahn zu erreichen. Darum fordern wir  
29 kostenfreie Mobilität für Schülerinnen und Schüler.

30

31 Die Nutzerinnen und Nutzer von Sozialtickets müssen jeden Euro zweimal umdrehen.  
32 Bisläng gibt es für sie kein neues Angebot auch über die Stadtgrenzen hinweg mobil zu sein.  
33 Entweder müssen sie mehr bezahlen oder sind auch hier eingeschränkt. Darum fordern wir  
34 ein bundesweit gültiges Sozialticket für 29€ im Monat.

35

36 Viele Menschen sind nur in NRW unterwegs. Für diese Gruppe bestünde die Möglichkeit, ein  
37 günstigeres Ticket – landesweit gültig für 29€ – anzubieten. Hier kann die schwarz-grüne  
38 Landesregierung zeigen, ob sie auch selbständig sozial gerechte Mobilitätspolitik umsetzen  
39 kann.



1 **Antrag 6**

2 Antragsteller: OV Bilk  
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
4

5 **ALLGEMEINES VORKAUFRECHT FÜR GEMEINDEN**  
6

7 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein allgemeines Vorkaufsrecht, welches  
8 den Verkehrswert zugrunde legt, zu Gunsten von Gemeinden mit nur wenigen Ausnahmen  
9 (Verkäufe innerhalb von Familien und öffentliche Bedarfsträger) einzusetzen. Hierzu ist das  
10 Baugesetzbuch so zu ändern, dass keine Voraussetzungen von besonderen Satzungen  
11 mehr vorliegen müssen sondern dieses Vorkaufsrecht grundsätzlich für jedes Grundstück im  
12 Gebiet der jeweiligen Gemeinde gilt. Eine Abwendung von Vorkaufsrechten soll ebenfalls  
13 ausgeschlossen werden.  
14

15 Der §24 BauGB ist entsprechend anzupassen, die § 25 & 27 sind zu streichen. Der §26 ist  
16 insofern anzupassen, dass die Sätze 2b und 4 zu streichen sind.  
17

18 **Begründung:**

19 Die bestehenden Möglichkeiten zur Ausübung von Vorkaufsrechten setzen in der Regel  
20 eigenständige Satzungen (Vorkaufsrechtssatzungen, Bebauungspläne, Soziale  
21 Erhaltungssatzungen) für kleinere räumlich begrenzte Gebiete voraus. So besteht ein hoher  
22 Arbeitsaufwand, um Vorkaufsrechte für Gemeinden zu erhalten. Hinzu kommt, dass diese  
23 Vorkaufsrechte außerdem nur eingeschränkt ausgeübt werden können. Aktuelle  
24 Rechtsprechung zum Vorkaufsrecht, welches in Gebieten mit Sozialen Erhaltungssatzungen  
25 ausgeübt werden konnte, schränkt das Instrument so sehr ein, dass die Ausübung dieser  
26 Vorkaufsrechte gen null tendiert. Hiermit haben die Städte außerdem keine Möglichkeit mehr  
27 bezahlbaren Wohnraum über Verträge mit Käufern zu sichern.  
28 Bezahlbarer Boden ist wichtig für Wohnen, Kultur und Wirtschaft, denn hohe Preise  
29 vertreiben insbesondere finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen, kulturelle Nutzungen  
30 und kleine Gewerbebetriebe aus prosperierenden Städten. Sie stehen aber für die  
31 Lebendigkeit und Vielfalt unserer Städte. Damit diese auch langfristig gesichert werden  
32 können und Boden der ungerechtfertigten Spekulation entzogen werden kann, braucht es ein  
33 allgemeines Vorkaufsrecht für Gemeinden ohne komplizierte Hürden oder Einschränkungen.  
34 Über Abwendungsvereinbarungen kann sichergestellt werden, dass Verkäufe auch weiterhin  
35 möglich sind, aber öffentliche Interessen nach bezahlbarem Wohn-, Kultur- und  
36 Gewerbebaum gesichert werden können.



## 1 **Antrag 7**

2 Antragsteller: OV Mitte-Nord

3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Ratsfraktion

### 4 5 **MIETERSTROM FÖRDERN – POTENZIALE DER** 6 **PHOTOVOLTAIK NUTZEN**

7  
8 Trotz der letzten Reformen des Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) und weiterer  
9 energierelevanter Gesetze, hat der Bau und Betrieb von Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen)  
10 auf Dachflächen noch nicht den für die Energiewende und die sozial-ökologische  
11 Transformation notwendigen Schwung aufgenommen. Dabei könnten bis zu 3,8 Millionen  
12 Wohnungen in den kommenden Jahren mit kostengünstigem und umweltfreundlichem  
13 Mieterstrom versorgt werden, so eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für  
14 Wirtschaft und Energie (BMWi).

15  
16 Grund dafür sind u. a. weiter hohe regulatorische Hürden – sowohl baurechtlicher als auch  
17 technischer Art. Viele Vermieter und Wohnungsgesellschaften, die eigentlich willens wären,  
18 Mieterstrommodelle auch für Ihr Objekte und Mieter\*innen anzubieten, schrecken angesichts  
19 hoher Investitionskosten sowie bürokratischen Aufwand davor zurück. Als Beispiel sei hier  
20 ein Vermieter genannt, der nach ZDF-Recherchen bereits konkrete Pläne für den Aufbau ein  
21 PV-Anlage auf seinem Mietshaus auf den Weg gebracht hatte. Der örtliche Netzbetreiber  
22 jedoch bestand aufgrund bestehender Anwendungsregeln auf den Austausch sämtlicher  
23 Zählschränke und diverser Stromleitungen, so dass die Investitionskosten auf 120.000 Euro  
24 stiegen und damit das Projekt komplett unwirtschaftlich machten.

25  
26 Nicht nur Einzelvermieter, sondern auch Wohnungsunternehmen, setzen bisher nur  
27 zögerlich auf den Aufbau von PV-Anlagen, gerade bei Neubauten. Hierfür werden vielfach  
28 ebenfalls sowohl technische und regulatorische Gründe, als auch die Sorge, sich  
29 ökonomisch und hinsichtlich der eigenen Kapazitäten zu übernehmen, als Hindernisse für  
30 den zügigen Ausbau ins Feld geführt. Hier wäre der Ausbau zielgruppengenaue  
31 Beratungsangebote für Wohnungsunternehmen/Vermieter sinnvoll, um über bestehende  
32 Modelle, Dienstleistungen und Möglichkeiten zu informieren, die für den nutzerfreundlichen  
33 Aufbau von PV-Anlagen auf Dächern bestehen.

34  
35 Zwar ist die im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-grünen Landesregierung verabredete  
36 Pflicht zur Errichtung von Solardächern (Solardachpflicht) ein echter und längst überfälliger  
37 Fortschritt. Ohne die begleitende weitere Reform des Mieterstromgesetzes im Rahmen einer  
38 Novellierung des EEG sowie die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und Abbau von  
39 technisch-administrativen Hürden auf allen Ebenen (Kommune, Land, Bund) droht der  
40 notwendige Ausbau der Solarenergie auf Dächern aber zu scheitern, zumindest aber die  
41 Verfehlung der selbstgesteckten Ziele.

42  
43 Die SPD wird sich deshalb auf allen Ebenen dafür einsetzen, das nicht nur durch die  
44 angekündigte Novellierung des EEG, sondern auch durch Abbau regulatorischer Hindernisse  
45 wie z. B. Bauordnungen oder technische Normen, der Ausbau der Photovoltaik auch auf  
46 Mietshäusern, die für eine erfolgreiche Energiewende notwendige Dynamik entfalten kann.



1 **Antrag 8**

2 Antragsteller: OV Mitte-Nord

3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Ratsfraktion

4

5 **KOMMUNALEN AUSBAU DER PHOTOVOLTAIK**  
6 **KONSEQUENT FÖRDERN**

7

8 Die Stadt Düsseldorf hat sich mit Ihrem Klimapfad das ehrgeizige Ziele gesetzt, bis 2035  
9 gesamtstädtisch klimaneutral zu werden.

10

11 Ein fundamentaler Baustein dafür ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere  
12 die Förderung des Ausbaus der PV- Anlagen. Der gesamtgesellschaftliche Bedarf an  
13 erneuerbarem Strom wird sich nicht nur auf Grund der Klimaschutzziele im Stromsektor  
14 erhöhen, sondern auch durch die Elektrifizierung weiterer Sektoren (Wärme, Mobilität). PV-  
15 Mieterstrommodelle sind auch in Düsseldorf Mangelware und scheitern oft an technischen  
16 und bürokratischen Hürden, die einen wirklichen Ausbau in vielen Fällen unwirtschaftlich  
17 oder ressourcenaufwendig erscheinen lassen. Dabei bietet gerade auch der Mieterstrom  
18 enorme Möglichkeiten, die Versorgung mit klimafreundlicher Energie mit bezahlbaren  
19 Verbrauchskosten in Einklang zu bringen.

20

21 Trotz aller Bemühungen zögern auch kommunale Unternehmen noch, ihre Potentiale voll  
22 auszunutzen. Insbesondere die Städtische Wohnungsgesellschaft schöpft bei Ihren Neubau-  
23 und Sanierungsprojekten aus den oben genannten Gründen die Potentiale nur ungenügend  
24 aus.

25

26 Auch die großen Parkplatzflächen der Messe böten sich z. B. für eine Überdachung mit PV-  
27 Anlagen an.

28

29 Die SPD Düsseldorf fordert deshalb, dass der Ausbau und Betrieb von PV-Anlagen bei den  
30 städtischen Töchtern verstärkt in Angriff genommen wird. Notwendig ist eine Koordinierung  
31 sowie Begleitung für alle Töchter der Stadt, bei denen auch Akteure wie die Stadtwerke eine  
32 führende Rolle übernehmen können. Die SPD-Ratsfraktion soll die dazu notwendigen  
33 politischen Initiativen auf den Weg bringen.





## 1 **Antrag 9**

2 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Arbeit der SPD Düsseldorf  
3 Adressat: UB-Vorstand, SPD-Ratsfraktion, Landesvorstand NRWSPD, SPD-  
4 Landtagsfraktion, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, AfA Bundesvorstand

## 5 6 **INDUSTRIE UND MITBESTIMMUNG STÄRKEN –** 7 **ZUKUNFT SICHERN**

8  
9 Die Funktionsträger\*innen der SPD auf allen Ebenen der Parteigliederungen und die SPD  
10 geführte Bundesregierung werden aufgefordert, eine grundlegende Stärkung der Industrie  
11 am Standort Düsseldorf und in Deutschland durch gesetzgebende Maßnahmen zu forcieren,  
12 damit nicht:

- 13 - weiterhin der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie
- 14 Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und Werkverträge Oberhand gewinnen,
- 15 - Arbeitsverdichtung und die Entgrenzung von Arbeitszeiten zunehmen,
- 16 - das Modell des Normalarbeitsverhältnisses, gekennzeichnet durch Tarifvertrag,
- 17 betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung und funktionierende
- 18 gewerkschaftliche Strukturen im Betrieb, zur Ausnahme wird.

19 Die SPD hat die Pflicht dafür zu sorgen, dass Arbeit Zukunft sichert. In den letzten Jahren ist  
20 aber durch den Verlust von industrieller Arbeit, mit gut tarifierten Entgelten für die  
21 Beschäftigten, und durch eine ganze Reihe von flexibilisierten, unsicheren und schlecht  
22 bezahlten Arbeitsformen die Zukunft vieler Menschen ins Wanken geraten, damit  
23 einhergehend sind ihre Lebenssituationen enorm destabilisiert worden.

24  
25 Folgende Schritte sind aus Sicht der AfA notwendig:

### 26 **I. Die Industrie stärken**

27  
28 In Deutschland wird etwa ein Viertel unserer Wertschöpfung in der Industrie erwirtschaftet.  
29 Jeder dritte Arbeitsplatz befindet sich im industriellen Sektor. Zusammen mit den  
30 sogenannten produktionsnahen Dienstleistungen hängen sogar knapp 60% direkt oder  
31 indirekt von der industriellen Produktion ab. Die industrielle Wertschöpfung ist damit für den  
32 sozialen Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland von größter Bedeutung. Das  
33 Fundament unseres Wohlstandes ist nach wie vor die Industrie und deren Arbeitsplätze.  
34 Zudem ist unsere Industrie ein bedeutender systemrelevanter Faktor in unserer Republik!

35  
36 Deutschland verfügt noch als einzige Nation über eine komplette industrielle  
37 Wertschöpfungskette. Damit der industrielle Sektor auch in Zukunft der Kern der deutschen  
38 Wirtschaft bleibt, muss die Industrie erhalten bleiben, aber angesichts der strukturellen  
39 Transformationsprozesse neugestaltet und gestärkt werden.

40  
41 Beschäftigung und existenzsichernde Gute Arbeit sollen nicht nur erhalten bleiben, sondern  
42 über alle Wertschöpfungsstufen hinweg ausgebaut werden.  
43 Erfolgreiche Industriepolitik sollte sich nicht auf einzelne Teilbranchen und Sektoren  
44 beschränken, sondern die Wertschöpfungsketten umfassend gestalten und gleichberechtigt  
45 fördern. Deshalb ist eine umfassende Perspektive auf die gesamte Breite und Vielfalt der  
46 deutschen Industrie – und damit auf multiple Technologien und Innovationen, auf  
47 Investitionen und Modernisierung der Infrastruktur, auf eine bezahlbare und nachhaltige  
48 Versorgung durch erneuerbare Energien, auf Bildung und Qualifizierung zur  
49 Fachkräftesicherung – dringend notwendig.

50



51 Das Potential der Arbeitnehmer: innen des Werkes Vallourec zum Beispiel darf nicht verloren  
52 gehen. Die Beschäftigten, deren Familien und der Stadtteil dürfen nicht im Stich gelassen  
53 werden. Eine staatliche Beteiligung an Vallourec würde die Sicherung von Arbeitsplätzen  
54 bedeuten und durch die zukunftsweisenden Produkte des Betriebes den ökologischen  
55 Umbau in Deutschland unterstützen. (siehe auch Konzept des Betriebsrates von  
56 Vallourec/IGM). Klare Signale und Unterstützung aus der Parteispitze sind hier nötig. Es ist  
57 sicherzustellen, dass das Grundstück ausschließlich für die Ansiedlung von Industrie  
58 verwendet wird. Darüber hinaus soll die Düsseldorfer Kommunalpolitik verpflichtet werden  
59 aktiv an der Industrieansiedlung zu arbeiten, unter Umständen mit  
60 Unternehmensbeteiligungen. Die dafür aufzunehmenden Mittel können am  
61 Kapitalmarkt mit der positiven Bonität zu günstigen Konditionen aufgenommen werden.

62  
63 Banken und große Konzerne mit Milliarden zu retten, Unternehmen und Belegschaften des  
64 Mittelstandes, die zukunftsfähige Konzepte erarbeitet haben, nicht einmal den kleinen Finger  
65 zu reichen, ist falsch und sorgt für enormen Glaubwürdigkeitsverlust in der Bevölkerung und  
66 damit zu Politikverdrossenheit.

67

68 Die AfA UB Düsseldorf fordert zu Punkt I. Die Industrie stärken:

- 69 - Vielfalt der deutschen Industrie ausbauen durch staatliche Förderung von  
70 Investitionen in Innovation, Modernisierung der Infrastruktur, und erneuerbare  
71 Energien.
- 72 - Gezielte, staatlich geförderte Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur  
73 Fachkräftesicherung.
- 74 - Industriestandorte und Handwerksbetriebe benötigen Platz – auch in unserer urbanen,  
75 digitalen Gesellschaft – die Kommunen und der Staat in seiner Funktion als  
76 gesetzgebendes Element, haben den Auftrag zum Wohle der Bevölkerung dafür zu  
77 sorgen, dass Grundstücke an zukunftssträchtige, hochwertige und tariflich gebundene  
78 Unternehmen zu vergeben.
- 79 - Die Schließung von Werken, die nach Einschätzung von Experten noch Gewinne  
80 erzielen können, oder mit denen gesellschaftlich wichtige Ziele verfolgt werden, dürfen  
81 nicht ohne weiteres geschlossen werden. Es ist eine gesetzliche Grundlage zu  
82 schaffen, die es dem
- 83 - Staat ermöglicht einzugreifen und eine Expertenkommission (auch besetzt mit  
84 Gewerkschaftsvertretern) einzusetzen, um die Weiterführung des Unternehmens zu  
85 prüfen. Auch ein Einstieg des Staates (analog z. B. zu Uniper und Salzgitter Stahl ...)   
86 muss ermöglicht werden.
- 87 - Genossenschaften und konzernunabhängige, Mitarbeitergeführte Unternehmen sollen  
88 staatlich gefördert werden (Beispiel Flachglas Wernberg).

89

## 90 **II. Gewerkschaften und Mitbestimmung stärken**

91 Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft muss demokratisch gestaltet, sozial gerecht und  
92 ökologisch nachhaltig sein. Die Arbeit muss so gestaltet sein, dass sie dem Leitbild der  
93 Guten Arbeit folgt. Dazu gehören u.a. menschenwürdige Arbeits- und  
94 Leistungsbedingungen, Entgelte, von denen man auch in Düsseldorf gut leben kann,  
95 Selbstbestimmung und Entscheidungsspielräume im Arbeitsalltag, die Vereinbarkeit von  
96 Beruf und Privatleben sowie umfassende Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der  
97 Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter:innen. Mitbestimmung fällt nicht vom Himmel, sie  
98 wird in der betrieblichen Realität hart erkämpft. Wirtschaftliche Macht muss im Interesse des  
99 sozialen Friedens demokratisch legitimiert sein. Was dem Aktionär oder Unternehmen der  
100 Besitztitel ist, das ist den Beschäftigten das Mitbestimmungsrecht.

101

102 Die AfA UB Düsseldorf fordert zu Punkt II Gewerkschaften und Mitbestimmung stärken:

103



- 104 - Schaffung der gesetzlichen Grundlage zu paritätischer Besetzung der Aufsichtsräte –  
105 analog dem Montanmitbestimmungsgesetz – nur so kann Augenhöhe hergestellt  
106 werden.
- 107 - Die Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen erweitert und zukunftsorientiert  
108 modernisiert werden.
- 109 - Wir fordern Reformen im BetrVG, damit betriebliche Mitbestimmung in zunehmend  
110 international und hochkomplex organisierten Unternehmen nicht faktisch ausgehebelt  
111 werden kann.
- 112 - Ergänzend auch eine Reform des „Tendenzschutzes“, der bislang betriebliche  
113 Mitbestimmung u.a. in kirchlichen Einrichtungen und kirchennahen Unternehmen  
114 sehr weitgehend ausschließt.
- 115 - Wir fordern erweiterte Mitbestimmung der Betriebsräte in wirtschaftlichen  
116 Angelegenheiten, damit einhergehend soll die Rolle der Gewerkschaften als zentrale  
117 Akteure und Organisatoren der kollektiven Selbsthilfe gestärkt werden, denn durch  
118 gute Tarifverhandlungen tragen die Gewerkschaften dazu bei, dass es der  
119 Gesellschaft allgemein besser geht, diese Leistung sollte von den Beschäftigten mit  
120 einer Mitgliedschaft belohnt werden. Allerdings haben Gewerkschaften mit  
121 Mitgliederschwund zu kämpfen. Als politische Reaktion muss hier als Anreiz zum  
122 Gewerkschaftsbeitritt mit Steuervergünstigungen für Mitglieder reagiert werden.
- 123 - Im Tarifeinheitsgesetz muss der Begriff „Betrieb“ neu definiert werden, um  
124 auszuschließen, dass durch strukturelle Veränderung Mitbestimmung ohne rechtliche  
125 Grundlage konstruiert wird.
- 126 - Wir fordern ein Gesetz, das den Whistleblower und nicht den Arbeitgeber schützt,  
127 aktuelle Beteiligungsrechte des Betriebsrates sind zu gering. Der Gesetzentwurf aus  
128 Juli 2022 ist deutlich unzureichend.

129  
130 **Begründung:**

131 Hier ist nun unsere SPD auf allen Ebenen gefordert, im Schulterschluss mit Gewerkschaften  
132 und Betriebsräten eine pro-aktive Industriepolitik, mit dem primären Ziel, die vorhandenen  
133 Stärken der deutschen Industrie weiterzuentwickeln und zuverlässige Rahmenbedingungen  
134 auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zu schaffen.

135  
136 Mitbestimmung und Tarifautonomie sind zentral, damit Arbeitnehmer: innen ihre  
137 Arbeitsbedingungen aktiv gestalten können. Es liegt auf der Hand, dass ein erhöhter Anteil  
138 an Gewerkschaftsmitgliedern zu einer verbesserten Kampfkraft der Gewerkschaften beiträgt,  
139 sodass auch die Tarifabdeckung erhöht werden könnte.

140 Nicht umsonst ist das Modell der Deutschen Mitbestimmung über unsere Landesgrenzen  
141 hinaus bekannt als Grundlage des jahrzehntelang erfolgreichen deutschen  
142 Wirtschaftsmodells. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen erweitert und  
143 zukunftsorientiert modernisiert werden.

144 Die Globalisierung hat die Machtbalance zugunsten von Unternehmen und zulasten der  
145 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändert. In diesem Zusammenhang muss endlich  
146 die Frage geklärt werden, was nach dem Tarifeinheitsgesetz unter einem Betrieb verstanden  
147 wird. In diesem Gesetz wurde jede Kleinigkeit geregelt, um festzulegen, wann in einem  
148 Betrieb welche Gewerkschaft zuständig ist. Nur der Begriff des Betriebes blieb aus, um hier  
149 der Arbeitgeberseite keinen festen Rahmen vorzugeben! Sie ist dadurch weiter in der Lage,  
150 durch strukturelle Veränderung eine ihr genehme Mitbestimmung zu "konstruieren".

151  
152 Ferner muss es endlich ein Gesetz zum Schutz des Whistleblowings geben, der den  
153 Whistleblower und nicht den Arbeitgeber schützt. Eine Regelung, die nur eine Möglichkeit  
154 der firmeninternen Anzeige eines möglichen Missstandes einräumt, führt nicht zum Ziel. Der



155 Anzeigende muss vielmehr im besagten Fall mit Repressalien rechnen. Deshalb ist es  
156 dringend notwendig, einen möglichen Whistleblower zukünftig vor arbeitsrechtlichen Folgen  
157 zu schützen, sollte er sich zu diesem Schritt genötigt sehen!

158  
159 Grundsätzliche Unternehmensentscheidungen finden auf zentraler und zunehmend auf  
160 internationaler Unternehmensebene statt. Reines Kostendenken, Wettbewerbsdruck,  
161 Konzernumstrukturierungen und Strukturwandel führen zu Standort- und  
162 Arbeitsplatzverlagerungen. Ziele sind oft Billiglohnländer, Steueroasen oder  
163 gewerkschaftsfreie Zonen. Das hat beträchtliche Auswirkungen auf Beschäftigung und  
164 Arbeitsbedingungen an deutschen Standorten.

165  
166 Die Bedeutung des produzierenden Sektors für die Gesamtwirtschaft wurde in den letzten 20  
167 Jahren systematisch unterschätzt. Die exportorientierte Industrie bildet nach wie vor das  
168 Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Eine erfolgreiche Industriepolitik muss die Kräfte aus  
169 Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebsräten und Verbänden bündeln und intensive  
170 Dialoge auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie in den Branchen  
171 ermöglichen.

172 Es genügt nicht Gesetze wie zum Beispiel das Betriebsrätestärkungsgesetz, das Tariftreue-  
173 und Vergabegesetz oder das Mindestlohngesetz zu verabschieden, wenn gleichzeitig weder  
174 die Kontrolle noch die Einhaltung der gesetzlichen Vorschrift gewährleistet ist. Zudem gibt es  
175 momentan auf der Ebene der Unternehmensmitbestimmung kaum Möglichkeiten,  
176 Standortschließungen und Arbeitsplatzverlagerungen zu verhindern.

177  
178 Deshalb muss sich die SPD mit aller Kraft für existenzsichernde Arbeit in Deutschland und  
179 Düsseldorf einsetzen und in einem Bündnis „Gute Arbeit“ die Position der DGB-  
180 Gewerkschaften unterstützen und so auch die Interessen der eigenen, ursprünglichen  
181 Identität stärken.



## 1 **Antrag 10**

2 Antragsteller: Arbeitskreis säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
3 im UB Düsseldorf  
4 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
5

## 6 **ABSCHAFFUNG DES KIRCHLICHEN ARBEITSRECHTS**

7  
8 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten der SPD-  
9 Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich mit Nachdruck für die Abschaffung des  
10 kirchlichen Arbeitsrechts einzusetzen. Damit wird der SPD-Bundesparteitagsbeschluss aus  
11 dem Jahr 2013 politisch umgesetzt und auch den im Koalitionsvertrag für die  
12 Legislaturperiode 2021 bis 2025 formulierten Reformen zu den Sonderrechten von  
13 Religionsgemeinschaften Rechnung getragen.  
14

### 15 **Begründung:**

16 Die Forderung nach Mitbestimmung sei es in der Industrie, dem Handwerk oder im  
17 Dienstleistungssektor ist Bestandteil des sozialdemokratischen Selbstverständnisses,  
18 deshalb halten wir es für notwendig, die Beseitigung von Sonderrechten noch in dieser  
19 Legislaturperiode in Angriff zu nehmen. Die einzige zulässige Ausnahme sollten  
20 Verkündigungsbereiche sein.

21 Die genannte Forderung „Gleiche Rechte für MitarbeiterInnen in kirchlichen  
22 Arbeitsverhältnissen“ ist Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik und wurde auf dem  
23 Leipziger Parteitag 2013 nochmals explizit beschlossen.

### 24 **Beschlüsse SPD Parteitag 2013, Leipzig**

#### 25 **Ar 23**

#### 26 **Landesverband Berlin**

#### 27 **(angenommen)**

#### 28 **Tarifliche Gleichstellung für kirchliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

29 Die SPD-Abgeordneten im Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die  
30 sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Landesregierungen werden  
31 deshalb aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Sonderbestimmungen für das  
32 ArbeitnehmerInnenrecht in kirchlichen Einrichtungen, die zum Beispiel die Zulässigkeit des  
33 "Dritten

34 Weges" in der ArbeitnehmerInnenvertretung regeln, aufgehoben werden. Der "Dritte Weg"  
35 darf Tarifverträge nicht verhindern. Für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen muss  
36 das Betriebsverfassungsgesetz in vollem Umfang gültig sein. Für alle nicht direkt  
37 glaubensbezogenen Tätigkeiten von kirchlichen Beamtinnen und Beamten muss das  
38 Personalvertretungsgesetz  
39 gelten.

#### 40 **Ar 24**

#### 41 **Unterbezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis**

#### 42 **(Landesverband Nordrhein-Westfalen)**

#### 43 **(angenommen)**

#### 44 **Gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der BRD**

45 Die Bundesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Gesetze – insbesondere das  
46 Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG § 118, Abs. 2: „Dieses Gesetz findet keine  
47 Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre karitativen und erzieherischen  
48 Einrichtungen ..“) so weit zu ändern bzw. aufzuheben, dass Beschäftigte in Einrichtungen,  
49 die unter religiöser Trägerschaft stehen, die gleichen Rechte haben wie Beschäftigte in  
50 jedem anderen Unternehmen.

#### 51 **Ar 26**

#### 52 **Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen**

#### 53 **(angenommen)**

#### 54 **Arbeitnehmerrechte in kirchlichen Einrichtungen**



55 Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland sind mit ihren Einrichtungen eine  
56 tragende Säule im Sozial- und Gesundheitswesen. Insgesamt arbeiten rund 1,3 Millionen  
57 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Bereich, darunter rund 900.000 bei Caritas  
58 und Diakonie. Die Kirchen und ihre Einrichtungen haben ein vom Grundgesetz geschütztes  
59 Recht, die überbetrieblichen Arbeitsbedingungen auf eine besondere Weise zu gestalten.  
60 Die Kirchenautonomie ist innerhalb der Schranken der allgemein geltenden Gesetze  
61 garantiert. Die Kirchen hatten es zwar bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland  
62 abgelehnt, den Weg der freien Ausgestaltung arbeitsrechtlicher Bedingungen in  
63 Tarifverträgen zwischen gleichberechtigten und voneinander unabhängigen Vertragsparteien  
64 mitzugehen (Zweiter Weg). Auf der Grundlage ihres vom Grundgesetz geschützten  
65 Selbstbestimmungsrechts entschieden sie sich für einen Dritten Weg. Auf die Zusage hin,  
66 vorbildliche Arbeitsverhältnisse einrichten zu wollen, wurde ihnen eine eigene  
67 Regelungskompetenz zugesichert. Die im Dritten Weg für die Lohn- und Arbeitsbedingungen  
68 zuständigen Arbeitsrechtlichen Kommissionen verzichteten allerdings für lange Zeit auf eine  
69 eigene Regelungskompetenz, sondern übernahmen regelmäßig den Bundesangestellten-  
70 Tarifvertrag (BAT).

### 71 **Wettbewerb und Kostendruck im Bereich sozialer Arbeit**

72 Der Sozial- und Gesundheitsbereich in Deutschland wurde ab Mitte der 1990er Jahre  
73 grundlegend umgestaltet. Bis dahin war er ein Teil der politisch gewollten Daseinsvorsorge,  
74 die von gemeinnützigen und öffentlichen Trägern umgesetzt wurde. Die Kosten wurden  
75 innerhalb bestimmter Grenzen, so wie sie anfielen, refinanziert. Maßgebliches Instrument für  
76 die Bezahlung der Personalkosten war der Bundesangestelltentarif (BAT). Dieser regelte  
77 meist über genehmigte Stellenpläne auch die Finanzierung staatlicher Institutionen oder von  
78 Sozialkassen.

79 Auf diese Weise wurde der gesellschaftliche Preis der sozialen Dienstleistungen bestimmt.  
80 Der BAT galt zwar unmittelbar nur für den öffentlichen Bereich; von einigen Besonderheiten  
81 abgesehen, wurde er im Ergebnis vom gesamten organisierten Wohlfahrtssektor  
82 übernommen. Das galt namentlich auch für die Caritas und die Diakonie, die vor allem bis  
83 Ende der 1990er Jahre enorm expandierten. Im Kern der politischen Neugestaltung der  
84 sozialen Dienste stand die Refinanzierung der Dienstleistungen. Nunmehr wurden nicht  
85 mehr die effektiv anfallenden Kosten der Träger erstattet, sondern u.a. Leistungs- und  
86 Fallpauschalen eingeführt. Zudem soll bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen nur noch  
87 der preisgünstigste Anbieter zum Zuge kommen. Das Kostendeckungsprinzip wurde vom  
88 Wettbewerbsprinzip abgelöst. Es war absehbar, dass im stark personalintensiven  
89 Sozialsektor der Konkurrenzdruck zwischen den Wohlfahrtsverbänden sowie den neu  
90 hinzugekommenen privaten Trägern zu bislang nicht gekannten Belastungen bei den  
91 Patienten und Hilfebedürftigen, aber auch bei den Beschäftigten führen musste. Auf die  
92 Neuausrichtung der Finanzierung, die Einführung von Wettbewerb und Kostenkonkurrenz,  
93 haben viele kirchliche Einrichtungen damit reagiert, wie gewöhnliche, betriebswirtschaftlich  
94 gesteuerte Wirtschaftsunternehmen zu agieren. Der Kostendruck wurde, wie bei anderen  
95 Arbeitgebern auch, an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergegeben.  
96 Ausgründungen, Leiharbeit, Flucht aus den – kircheneigenen – Lohnregelungswerken  
97 (Arbeitsvertragsrichtlinien) haben Einzug gehalten. Das Management setzt auf  
98 Unternehmenswachstum und Fusionen. In den vergangenen fünfzehn Jahren sind viele  
99 kirchliche Großeinrichtungen mit tausenden Beschäftigten entstanden, häufig in der Form  
100 von Kapitalgesellschaften bis hin zur ersten kirchlichen Aktiengesellschaft (Agaplesion gAG).  
101 Der Sonderstatus der Arbeitnehmerrechte bei Kirchen hat mit dieser Entwicklung nicht  
102 Schritt gehalten. Angesichts der Wettbewerbsorientierung führt dies zu wachsenden  
103 Spannungen in der kirchlichen Arbeitswelt und Nachteilen für kirchliche Arbeitnehmerinnen  
104 und Arbeitnehmer.

### 105 **Zerklüftung der Tariflandschaft**

106 Ein verbindlicher und allseits akzeptierter Flächentarifvertrag für den Wohlfahrtsbereich  
107 existiert schon lange nicht mehr. Als Nachfolger für den BAT gibt es zwar den Tarifvertrag  
108 öffentlicher Dienst (TVöD). In der Anwendungsbreite aber reicht er bei weitem nicht an den  
109 BAT heran. Viele Kommunen haben sich in den letzten Jahren aus dem Wohlfahrtssektor  
110 zurückgezogen. Das gilt insbesondere für Pflegeheime und Krankenhäuser. Hinzu kommt,



111 dass bei den gewinnorientierten privaten Trägern kaum kollektive Regelungen vorhanden  
112 sind. Zwar orientieren sich viele Träger der Caritas immer noch in erheblichem Maße am  
113 Regelwerk des TVöD. Umso unübersichtlicher und chaotischer ist die Lage im Bereich von  
114 EKD und besonders der Diakonie. Hier stehen in einem stark zerklüfteten System höchst  
115 verschiedene Regelungen nebeneinander. So vergüten einige Landeskirchen und  
116 Diakonische Werke nach wie vor auf dem Niveau des TVöD, andere haben eigenständige  
117 Regelungen eingerichtet, wiederum andere die Entgelte abgesenkt oder  
118 Beliebigkeitsklauseln eingeführt, um ggf. das jeweils kostengünstigste Arbeitsrecht  
119 anwenden zu können. Schließlich existieren, wie zum Beispiel in der Evangelischen Kirche  
120 Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz (EKBO) und in Nordelbien seit langem und  
121 erfolgreich Tarifverträge mit Gewerkschaften. Die katholische Seite reagierte im Juni 2011  
122 auf das Ausgründen von Einrichtungen und die Flucht aus den kollektiven Regelungswerken  
123 der Caritas und der Diözesen mit einem neuen Grundsatz, der ab 2014 gilt: „entweder ganz  
124 kirchlich oder ganz weltlich“. Katholische Einrichtungen, die kein kirchliches kollektives  
125 Regelungsnetzwerk anwenden, nehmen nicht mehr am Selbstverwaltungsrecht der Kirchen nach  
126 Art. 140 GG teil.

### **Strukturelle Benachteiligung der Arbeitnehmerseite**

128 In den kirchlichen Arbeitsrechtlichen Kommissionen, in denen die Arbeitsbedingungen  
129 beschlossen werden, sind die Vertreter/innen der Arbeitnehmerseite nur formal paritätisch  
130 vertreten. Strukturell sind sie unterlegen. Die soziale Mächtigkeit der kirchlichen Arbeitgeber  
131 geht über die anderer Arbeitgeber noch hinaus, denn die Leitungsgremien von Caritas und  
132 Diakonie legen selbst die Verhandlungs- und Zutrittsbedingungen fest, unter denen die  
133 Vertreter/innen der Arbeitnehmerseite Lohnverhandlungen führen. Sie können sogar  
134 festlegen, wer an diesen Verhandlungen teilnehmen kann und wer nicht. Das  
135 Landesarbeitsgericht Hamm bewertet die Festlegung von Arbeitsbedingungen in  
136 Arbeitsrechtlichen Kommissionen als nicht gleichwertig zu der Regelung von  
137 Arbeitsbedingungen nach Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz  
138 (Tarifvertragssystem/Tarifautonomie). Im Übrigen schließe die Regelung in den  
139 arbeitsrechtlichen Kommissionen, wonach zwei Drittel der Arbeitnehmervertreter in  
140 kirchlichen Einrichtungen tätig sein müssen, eine gewerkschaftliche Verhandlungsführung  
141 aus und beschränke diese auf Beratungsfunktionen, ohne dass hierfür die Eigenheiten des  
142 kirchlichen Dienstes eine Rechtfertigung bieten.

### **Arbeitnehmerrechte sind nicht teilbar**

144 Die SPD respektiert das Selbstverwaltungsrecht der Religionsgesellschaften und  
145 weltanschaulichen Vereinigungen ein, das sich aus Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel  
146 137 Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung ergibt. Die politisch gewollte  
147 Wettbewerbsorientierung im Bereich der sozialen Dienstleistungen hat aber dazu geführt,  
148 dass sich kirchliche Unternehmen wie gewöhnliche Unternehmen im Markt verhalten. Die  
149 Aushandlung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung muss daher auch bei Diakonie und  
150 Caritas auf gleicher Augenhöhe zwischen Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite erfolgen.  
151 Aus dem Sonderstatus der Arbeitnehmerrechte im kirchlichen Bereich darf keine  
152 Wettbewerbsverzerrung entstehen. Das Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht der  
153 Religionsgesellschaften und damit auch der Kirchen und ihrer Einrichtungen in Caritas und  
154 Diakonie findet seine Schranken in den Grundrechten. Soweit die Kirchen und ihre  
155 Einrichtungen in Caritas und Diakonie Arbeitgeber sind, muss die Grenze ihres  
156 Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrechts als Arbeitgeber deshalb von den  
157 Grundrechten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer her bestimmt werden und nicht  
158 umgekehrt. Gleiche Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte bei Kirchen sind vereinbar mit dem  
159 kirchlichen Selbstverwaltungsrecht. Gleiche Arbeitnehmerrechte sind ein Gebot der  
160 Demokratie in der Arbeitswelt. Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller  
161 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und muss auch im kirchlichen Bereich gelten.  
162 Tarifverträge zu verhandeln und frei in der Wahl der Mittel zu ihrer Durchsetzung zu sein,  
163 sind also mit dem so genannten Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht vereinbar.  
164 Gute Arbeit ist immer auch mitbestimmte Arbeit. Auch für die Beschäftigten in kirchlichen  
165 Einrichtungen muss das Betriebsverfassungsgesetz gelten.

### **Gute Arbeitsbedingungen im Bereich sozialer Arbeit herstellen**



167 Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die  
168 Schaffung von guten Arbeitsbedingungen und Lohngerechtigkeit im Bereich sozialer Arbeit  
169 zu schaffen. Gute Arbeit verdient guten Lohn. Lohndumping in Krankenhäusern und  
170 Pflegeheimen darf sich nicht lohnen. Im Vordergrund müssen die Qualität und die  
171 Versorgung der Patienten stehen. Wettbewerb, der über die schlechtesten  
172 Arbeitsbedingungen und die niedrigsten Löhne ausgetragen wird, gefährdet die gute  
173 Versorgung und Sicherheit der Menschen. Deshalb ist es eine politische Aufgabe,  
174 Fehlanreize in Richtung eines Lohnsenkungswettbewerbs im Bereich der sozialen Arbeit zu  
175 beseitigen. Die Fallpauschalen und Pflegesätze müssen so bemessen sein, dass gute  
176 Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne bei der Refinanzierung berücksichtigt werden. Die  
177 Flächentarife sind ein elementarer Eckpfeiler des deutschen Sozialgefüges. Seit vielen  
178 Jahren geht jedoch die Tarifbindung zurück und das bewährte Tarifvertragssystem droht zu  
179 erodieren. Das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wird  
180 kaum noch genutzt, die Blockadehaltung der BDA im Tarifausschuss des BMAS hat dazu  
181 geführt, dass nur noch 1,5 Prozent aller Tarifverträge allgemeinverbindlich sind. Deswegen  
182 setzen wir uns für eine Vereinfachung der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung  
183 von Tarifverträgen ein. Für den Tarifbereich der sozialen Arbeit sollten die geltenden  
184 Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes allgemeinverbindlich werden.





## Antrag 11

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft 60plus

Adressat: SPD-Ratsfraktion

### TRANSPARENZ UND OFFENLEGUNG VON KONZEPTEN UND MAßNAHMEN ZU KLIMASCHUTZ UND KLIMAANPASSUNG

Die Ratsfraktion wird aufgefordert, sich im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf dafür einzusetzen, dass die Verwaltung den aktuellen Stand der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 sowie zur Anpassung an die Klimaveränderungen regelmäßig berichtet sowie transparent und für alle einsehbar dokumentiert und damit auch eine Vergleichbarkeit mit den Maßnahmen und Erfolgen anderer Städte in NRW und Deutschland ermöglicht.

Zu diesem Zweck sind die Maßnahmen zu beschreiben und mit geeigneten Indikatoren der Pfad der Zielerreichung darzustellen. Die einzelnen Projekte sind den Maßnahmen zugeordnet nach geplant, in Durchführung befindlich und abgeschlossen gegliedert aufzuführen. Die Dokumentation ist analog in regelmäßigen Berichten und digital den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

#### **Begründung:**

Seit 2015 ist für Düsseldorf das Klimaschutzkonzept 2025, mit dem Ziel bis 2050 klimaneutral zu werden, erstellt worden. Noch mit der Mehrheit der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unterstützt die Landeshauptstadt Düsseldorf seit 2019 die Resolution „Climate Emergency“ (Ausrufung des Klimanotstands). Damit verbunden ist die Verpflichtung, die bisherige Zielsetzung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 deutlich ambitionierter auf 2035 vorzuziehen. Die Verwaltung hat daraufhin einen Umsetzungspfad zur Erreichung der Klimaneutralität 2035 vorgelegt, den der Rat in der Sitzung am 28.11.2019 mit einem Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beschlossen hat.

Parallel zum Klimaschutzkonzept beauftragte der Ausschuss für Umweltschutz die Verwaltung mit der Erstellung eines Klimaanpassungskonzepts für die Landeshauptstadt Düsseldorf. Damit wurden Strategien und Maßnahmen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu entwickelt.

Auch nach der Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Rat sollte der Rat auch unter der Führung der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 sowie die Strategien und Maßnahmen zur Klimaanpassung weiterverfolgen.

Die Absichtserklärungen und Beschlüsse der Schwarz-Grünen Koalition sind von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in der Umsetzung und Wirksamkeit nicht prüfbar. Es existiert z.B. ein Kataster über die mit Photovoltaik /Solartechnik ausrüstbaren und begrünbaren Dächer der Gebäude, aber keine Aufstellung über die wirklichen Maßnahmen für den Weg zur Klimaneutralität. Damit ist eine wirksame Beteiligung und Kontrolle nicht möglich.

Für die Umsetzung ist es besonders wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, Unterstützung einzuwerben und mit einer geeigneten Dokumentation und einem Monitoringsystem über die Entwicklung zur Erreichung der Ziele und die Maßnahmen zur Klimaanpassung und ihre Wirksamkeit zu informieren. Das Grundsätzliche für die Ansätze der Dokumentation der Maßnahmen ist in der Informationsvorlage (RAT/197/2020) am Beispiel „private Haushalte“ dargestellt.



54 **Prozess mit den wichtigen Stationen zur Festlegung der Ziele zur Erreichung der**  
55 **Klimaneutralität**

56 Der Ausschuss für Umweltschutz hat im Januar 2015 die Verwaltung mit der Erstellung eines  
57 neuen Klimaschutzkonzeptes beauftragt. Erklärtes Ziel war es, zur Vermeidung der  
58 Erderwärmung beizutragen und hierfür den CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter zu senken und klimaneutral  
59 zu werden. Voraussetzung dafür ist die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf den vom  
60 Weltklimarat empfohlenen Wert von durchschnittlich 2 Tonnen pro Kopf und Jahr. Ein neues,  
61 integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Düsseldorf sollte aufzeigen, wie  
62 Klimaneutralität im Jahr 2050 erreicht werden kann. Ein entsprechender Auftrag wurde vom  
63 Umweltamt an die Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft vergeben und von dieser in der Zeit  
64 von 2015 bis 2017 bearbeitet.

65 Siehe [https://www.gertec.de/projekte-  
66 ingenieurgesellschaft?file=files/gertec/Inhalte/ING/Projekte-PDF-  
67 Dateien/Kommunaler%20Klimaschutz%20-  
68 %20Energie%20%26%20Mobilit%C3%A4t/ausgew%C3%A4hlte%20Projekte%20KS-  
69 Strategien%20und%20Konzepte/Klimaschutzkonzept%20Du%CC%8](https://www.gertec.de/projekte-ingenieurgesellschaft?file=files/gertec/Inhalte/ING/Projekte-PDF-Dateien/Kommunaler%20Klimaschutz%20-%20Energie%20%26%20Mobilit%C3%A4t/ausgew%C3%A4hlte%20Projekte%20KS-Strategien%20und%20Konzepte/Klimaschutzkonzept%20Du%CC%8)

70 Die Ergebnisse sind in Form des umfangreichen Berichts der Ingenieur-gesellschaft mit dem  
71 Titel „Klimaschutzkonzept 2025: Handlungspro-gramm 2025“ dargestellt.

72 Siehe  
73 [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimamachen/handlu  
74 ngsprogramm\\_klimaschutzkonzept\\_2025.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimamachen/handlungsprogramm_klimaschutzkonzept_2025.pdf)

75 Vom Umweltdezernat wurden die Ergebnisse des umfangreichen Berichts in einer  
76 Kurzfassung mit dem Titel „Klimaschutzkonzept 2025“ verarbeitet.

77 Das Klimaschutzkonzept Düsseldorf 2025 basiert auf mehreren Handlungsschritten. Es  
78 umfasst klassische Bestandteile eines Klimaschutzkonzeptes wie die Beteiligung der Akteure  
79 und die Analyse der gesamtstädtischen Endenergieverbräuche und CO<sub>2</sub> -Emissionen.  
80 Darauf aufbauend wurde der Maßnahmenkatalog und Konzepte zur Weiterentwicklung der  
81 Organisationsstruktur und des Monitorings entwickelt.

82  
83 Mit dem Konzept wurde auch der Quartiersgedanke konzeptionell implementiert sowie eine  
84 enge Verzahnung zwischen Konzeption und Umsetzung dargestellt. Ebenso wurden Konsum  
85 und Lebensstil der Bevölkerung in Hinblick auf Maßnahmenempfehlungen bis zum Jahr 2025  
86 als auch in Hinblick auf den Masterplan 2050 in den Fokus gerückt.

87 [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/2019\\_kl  
88 imaschutzkonzept\\_2025.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/2019_klimaschutzkonzept_2025.pdf)

89  
90 In der Sitzung des Jugendrates am 4.04.2019 stellt dieser unter TOP 7.2 fest, dass es  
91 unerlässlich sei, die Treibhausgasemission schnellstmöglich massiv zu reduzieren, um eine  
92 unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern. Durch die  
93 Ausrufung des Klimanotstandes würde Düsseldorf die Eindämmung des Klimawandels und  
94 seine schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität anerkennen und  
95 Entscheidungen vorrangig behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen  
96 abschwächen.

97 Der Jugendrat stimmt dem Antrag einstimmig zunächst unter Vorbehalt zu und bittet die  
98 Verwaltung um Ausrufung des Klimanotstandes in Düsseldorf.

99 In der Folge mehrerer Sitzungen unterstützt der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf mit  
100 der Mehrheit der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Anregung  
101 des Jugendrates die Resolution „Climate Emergency“ und damit die Zielsetzung, bis zum  
102 Jahr 2035 klimaneutral zu werden.

103  
104 Das bedeutet, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Düsseldorf von derzeit rund 6,6 Tonnen je  
105 Einwohner\*in und Jahr um 4,6 Tonnen auf den vom Weltklimarat empfohlenen Wert von 2  
106 Tonnen pro Kopf und Jahr reduziert werden müssen. Damit verpflichtet sich der Rat der  
107 Landeshauptstadt Düsseldorf, seinen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels zu leisten und die  
108 bisherige Zielsetzung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 deutlich ambitionierter zu



109 gestalten und die Erreichung der Klimaneutralität auf 2035 vorzuziehen.

110

111 Die Verwaltung wurde aufgefordert, dem Rat ein „Konzept 2035“ vorzulegen, mit dem das  
112 Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 zu erreichen ist. Die Verwaltung hat daraufhin einen  
113 Umsetzungspfad zur Erreichung der Klimaneutralität 2035 vorgelegt (RAT/115/2019), den  
114 der Rat in der Sitzung am 28.11.2019 mit dem Ergänzungsantrag (RAT/181/2019) der  
115 Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beschlossen hat.

116 [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/RAT\\_11\\_5\\_2019\\_Pfad\\_zur\\_Erreichung\\_der\\_Klimaneutralitaet\\_2035.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/RAT_11_5_2019_Pfad_zur_Erreichung_der_Klimaneutralitaet_2035.pdf)

117 und

118 [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/RAT\\_18\\_1\\_2019\\_AEnderungsantrag\\_Pfad\\_zur\\_Erreichung\\_der\\_Klimaneutralitaet\\_2035.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaschutz/RAT_18_1_2019_AEnderungsantrag_Pfad_zur_Erreichung_der_Klimaneutralitaet_2035.pdf)

## 121 **Prozess mit den wichtigen Stationen zu Konzept und Maßnahmen zur** 122 **Klimaanpassung**

123 Die Folgen des Klimawandels sind auch in Düsseldorf spürbar. Die Ereignisse mit extremem  
124 Wetter werden häufiger. Es ist zunehmend mit Hitzeperioden, Starkregenereignisse und  
125 Hochwasser zu rechnen. Niederschläge bleiben für lange Zeit aus. Der Anteil von Tagen mit  
126 sehr hohen Tages- und Nachttemperaturen nimmt seit Jahren zu. Wenn es regnet, fallen oft  
127 extrem hohe Niederschlagsmengen, sodass die Abwassersysteme überlastet werden. Die  
128 Flut des Jahres 2021 hat gezeigt, dass die Versiegelung der Stadt extreme Regen noch in  
129 ihrer Wirkung verstärkt. Der Klimawandel ist eine Herausforderung, die in allen  
130 Lebensbereichen der Menschen wahrgenommen wird.

131

132 Parallel zum Klimaschutz wurde demzufolge die Entwicklung hin zu Konzepten und  
133 Maßnahmen zur Klimaanpassung angestoßen. 2015 beauftragte der Umweltausschuss die  
134 Verwaltung mit der Erstellung eines Klimaanpassungskonzepts.

135 <https://www.duesseldorf.de/rat/ratsinfo.html>

136

137 Beauftragt wurden die Firmen GEO-NET Umweltconsulting GmbH, MUST Städtebau und Dr.  
138 Pecher AG, die das Klimaanpassungskonzept für die Landeshauptstadt Düsseldorf,  
139 KAKDUS entwickelten.

140 [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaanpassung/kurzfassung\\_klimaanpassungskonzept.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/umweltamt/klimaschutz/pdf/klimaanpassung/kurzfassung_klimaanpassungskonzept.pdf)

141

142  
143 Im Jahr 2017 hat die sozialdemokratisch geführte Kooperation mit FDP und Bündnis 90/Die  
144 Grünen das Klimaanpassungskonzept beschlossen.

145 <https://www.duesseldorf.de/rat/ratsinfo.html>

146

147 Die darin enthaltenen Maßnahmen sind auf ihre Wirksamkeit vor dem Hintergrund der  
148 Ereignisse der vergangenen Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Die  
149 Größe der Verwaltung einer Stadt wie Düsseldorf und die Menge an möglichen Beteiligten  
150 macht es notwendig Planung und Handlungsoptionen zu bündeln und abzustimmen.

151

152 Die Raumplanung ist neu auszurichten, Flächen sind zu entsiegeln, um die  
153 Abwassersysteme zu entlasten und starke Regenfälle größtmöglich in den Boden versickern  
154 zu lassen.

155 Beschlossene Einzelmaßnahmen wie das Aufstellen von Trinkwasserspendern oder das  
156 Besprühen von Flächen sind hilfreich.



## 1 Antrag 12

2 Antragsteller: Arbeitskreis säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

3 Adressat: SPD-Ratsfraktion

4

## 5 VERZICHT AUF SONDERRECHTE

6

7 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, im Rat der Stadt Düsseldorf folgende Anträge  
8 einzubringen:

9

10 1. Der Rat der Stadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, mit den aus öffentlichen Mitteln  
11 finanzierten kirchlichen Einrichtungen Gespräche zu führen, die zum Ziel haben, dass diese  
12 bis zu einer entsprechenden Gesetzesänderung freiwillig auf die derzeit noch bestehenden  
13 Sonderrechte im Umgang mit den bei Ihnen Beschäftigten zu verzichten.

14

### 15 **Begründung:**

16 Die Religionsgemeinschaften sowie die Wohlfahrtsverbände in kirchlicher Trägerschaft wie  
17 Caritas und Diakonie übernehmen vielfältige Aufgaben im sozialen Bereich und in der  
18 Jugendhilfe. Sie unterhalten Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und vielfältige weitere  
19 soziale Einrichtungen - auch in Düsseldorf. Hier gibt seit langem eine gute und  
20 partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den kirchlichen Trägern. In den  
21 kirchlichen Einrichtungen sind viele Mitarbeiter\*innen beschäftigt, die zum Wohle unserer  
22 Stadt und der Menschen hervorragende Arbeit leisten.

23 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nur gilt nur bedingt (§ 9 AGG). Für die von  
24 den Sonderrechten bundesweit betroffenen ca. 1,4 Millionen Beschäftigten hat es teilweise  
25 gravierende Folgen. Ihnen ist z.B. das Streikrecht mit wenigen Ausnahmen weitgehend  
26 versagt. Ein Austritt aus der Kirche führt in der Regel zur Kündigung. Beschäftigte  
27 katholischer Einrichtungen sind zudem gehalten, die Wert- und Moralvorstellungen des  
28 Arbeitgebers auch privat einzuhalten. Dadurch können z.B. Geschiedene, die erneut eine  
29 Partnerschaft eingehen, oder gleichgeschlechtlich lebende Beschäftigte, die in einer Ehe  
30 oder eingetragenen Lebenspartnerschaft Verantwortung für ihre/n Partner/in übernehmen,  
31 entlassen werden.

32 Dieses Recht der Religionsgemeinschaften gilt auch dann, wenn die Einrichtungen ganz  
33 oder zu großen Teilen von staatlichen Stellen (Bund, Länder und/oder Kommunen) finanziert  
34 werden. Eine zügige Änderung dieses Zustandes ist dringend geboten, weil:

- 35 - Ärztliches Fachpersonal, Altenpfleger\*innen, Kindergärtner\*innen oder  
36 Schuldnerberater\*innen heilen Kranke, pflegen Alte, erziehen Kinder oder beraten  
37 verschuldete Menschen – wer der Religionsgemeinschaft nicht angehört, ist dadurch  
38 für diese Tätigkeiten ebenso wenig disqualifiziert wie Menschen, die ein zweites Mal  
39 heiraten oder in einer homosexuellen Partnerschaft leben.
- 40 - Viele Betroffene müssen unter Umständen ihr Privatleben vor ihrem Arbeitgeber  
41 verheimlichen.
- 42 - In vielen Regionen besitzen die Einrichtungen in Trägerschaft von  
43 Religionsgemeinschaften im sozialen Bereich ein Arbeitgeber-Monopol, insofern gibt  
44 es oft keine echte Wahlfreiheit für die Arbeitssuchenden oder Beschäftigten.
- 45 - Die Beschäftigung von Personen in den Einrichtungen der Religionsgemeinschaften  
46 soll ausschließlich auf Grundlage der fachlichen Eignung erfolgen.

47 Die derzeit gültige Rechtslage und Praxis wird insbesondere auch von vielen  
48 Mitarbeiter\*innen der Einrichtungen kritisiert. Aber auch viele Gläubige und kirchliche  
49 Institutionen fordern Änderungen; u.a. im September 2012 der Vorsitzende des Bundes der  
50 Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) sowie 2013 die Konferenz der Diakonie der Region  
51 OS (NOZ v. 6.3.2013).

52 Auch haben inzwischen mehrere Gerichte den Betroffenen Recht gegeben (z.B. ArbG  
53 Aachen, BAG zum wiederverheirateten katholischen Geschiedenen, LAG Hamm und



Ordentlicher Parteitag  
SPD Düsseldorf

54 Hamburg, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, BAG zum Streikrecht, zuletzt [BAG](#)  
55 [2018](#), [EuGH 4/2018](#), [EuGH 9/2018](#), [BAG 2019](#)).



1 **Antrag 13**

2 Antragsteller: AfA  
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
4

5 **TARIFFLUCHT STOPPEN!**

6  
7 Die AfA Düsseldorf stellt den folgenden Antrag:  
8

9 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert einen Antrag mit dem folgenden Inhalt  
10 einzubringen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung soll in Zukunft die Möglichkeiten  
11 erhalten:

- 12 - Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit durch eine der Tarifparteien
- 13 - Die Erweiterung des Tarifausschusses auf drei Vertreter\*innen von
- 14 Arbeitgebern und Gewerkschaften plus ein/e neutrale Vorsitzende/r
- 15 - Die Entscheidung im Tarifausschuss wird mit Mehrheit entschieden. Bei einer Patt-
- 16 Situation entscheidet der/die Vorsitzende

17  
18 Die NRWSPD wird aufgefordert das Thema „Tarifflucht“ zu einem zentralen Bestandteil ihres  
19 Wahlkampfes zu machen.  
20

21 **Begründung:**

22 Seit den 1990er Jahren ist die Tarifbindung dramatisch zurück gegangen. 2019 waren nur  
23 noch 44% der Beschäftigten in einem Beschäftigungsverhältnis, das nach einem  
24 Branchentarifvertrag geregelt war. Hinzu kamen noch einige Firmentarifverträge. Zurzeit sind  
25 so nur noch 51% der Beschäftigten durch einen Tarifvertrag geschützt. In den Branchen ist  
26 die Tarifflucht unterschiedlich stark vertreten. So sind im Einzelhandel nur noch 28% der  
27 Beschäftigten unter dem Schutz des Tarifvertrages. Im Jahre 2010 waren es noch 50%.

28  
29 Das bedeutet für die Betroffenen: weniger Kaufkraft, oft die Notwendigkeit  
30 Aufstockerleistungen zu beantragen und im Alter eine geringere Rente. Hinzu kommt, dass  
31 der den Sozialversicherungen und den öffentlichen Haushalten Summen in Milliardenhöhe  
32 entgehen.

**Kosten der Tarifflucht**

**Gesamtdeutschland**

	Auswertung 2019	Auswertung 2021	Differenz
Mindereinnahmen der Sozialversicherungen	24,8 Milliarden Euro	29,8 Milliarden Euro	+5 Milliarden Euro
Mindereinnahmen Verlust bei der Einkommensteuer für Bund, Land und Kommunen insgesamt	14,9 Milliarden Euro	18,1 Milliarden Euro	+3,2 Milliarden Euro
Kaufkraftgewinn, wenn Beschäftigte tarifgebunden wären	35,1 Milliarden Euro	41,6 Milliarden Euro	+6,5 Milliarden Euro

33  
34 Auf Grund dieser Situation brachten das Bundesland Bremen mit Unterstützung der Länder  
35 Berlin, Thüringen und Hamburg im Mai 2021 einen Antrag mit den o. g. Forderungen in den  
36 Bundesrat ein, der dort mit abgelehnt wurde. Einige Bundesländer haben sich enthalten.  
37 Die SPD und natürlich auch die AfA hat immer wieder betont, wie wichtig die Tarifbindung für  
38 die Beschäftigten und ihre Familien sind. Im letzten Koalitionsvertrag wurde die Stärkung der  
39 Tarifbindung beschlossen, ohne dass dies umgesetzt wurde. Im jetzigen Koalitionsvertrag ist  
40 dies wieder der Fall.



Ordentlicher Parteitag  
SPD Düsseldorf

41 Das Tarifflicht zudem ein Raub an den Sozialversicherungen und den Steuereinnahmen ist,  
42 macht das ganze zusätzlich zum Verbrechen. Wenn wir über vielfach zerstörte Infrastruktur  
43 sprechen, müssen wir immer auch über die Verursacher reden. Eine Initiative ist der  
44 Bundestagsfraktion, gestützt auf den DGB und den dazu gehörigen Gewerkschaften, ist  
45 daher dringend nötig.

46

47 [https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/317-21.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/317-21.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

49

50 <https://www.wsi.de/de/blog-17857-reform-der-ave-schluessel-zur-staerkung-der-tarifbindung-33324.htm>

51

52 <https://www.dgb.de/themen/++co++627c137e-2a72-11ec-b540-001a4a160123>

54

55 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-5/tarifbindung-arbeitnehmer.html>

56

57 <https://www.wsi.de/de/tarifbindung-15329.htm>

58

59 <https://www.dgb.de/themen/++co++627c137e-2a72-11ec-b540-001a4a160123>

60



## 1 **Antrag 14**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf  
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
4

### 5 **ENDE DES PRINZIP-GIEßKANNE**

6  
7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert eine Expertenkommission einzuberufen mit  
8 dem Ziel der Erarbeitung eines Konzepts, um gezielte staatliche Eingriffe zur  
9 wirtschaftlichen Unterstützung von Privatpersonen und Haushalten in Krisenzeiten zu  
10 ermöglichen.

#### 11 12 **Begründung:**

13 Die Gaspreisbremse der Bundesregierung hat wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt,  
14 dass der Staat kein funktionierendes Instrument hat, um seine finanziellen Mittel gezielt  
15 einzusetzen. In der jetzigen, wie auch schon in der Corona-Krise fehlt es dem Staat an  
16 Daten, um die Bedürftigkeit von seinen Bürgerinnen und Bürgern zu ermitteln. Statt aber  
17 gezielt die Mittelschicht, Geringverdiener und die sozial Schwachen zu unterstützen,  
18 schüttet der Staat frei nach dem Prinzip-Gießkanne über alle etwas Geld aus. Dabei  
19 werden die Vermögenden Menschen in unserem Land meistens genauso entlastet, wie  
20 Diejenigen, die nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen. Leider sorgt dieses  
21 Prinzip eben auch dafür, dass insgesamt weniger Geld für Diejenige übrig bleibt, die es  
22 wirklich bräuchten.

23  
24 Im aktuellen Fall hat die Gaskommission einen Vorschlag aus dem Hut zaubern müssen,  
25 welcher eben nur ein guter Kompromiss ist. Das Problem liegt, darin, dass die Gasversorger  
26 nicht das Einkommen und Vermögen ihrer Kunden kennen und der Staat im Gegenzug  
27 nicht den Gasverbrauch der Steuerzahler. Um ein sozial ausbalanciertes und wirksames  
28 Instrument aufzubauen, welches Deutschland in den kommenden Krisen nutzen könnte,  
29 bräuchte es endlich eine Datenverknüpfung welches es ermöglicht auf asymmetrische  
30 Schocks mit asymmetrischen Lösungen zu reagieren.

31  
32 Bei der Erarbeitung eines möglichen Konzepts müssen die Expertinnen und Experten jedoch  
33 darauf achten, dass der Datenschutz nichts an seiner Relevanz für unser Zusammenleben  
34 verliert. In Sachen Datenschutz agiert Deutschland aus seiner historischen Rolle  
35 vorbildlich und dennoch braucht es auch hier klare Änderungen, um dafür zu sorgen, dass  
36 der Staat den Menschen gezielt helfen kann.





## 1 **Antrag 15**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf  
3 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
4

### 5 **ERHÖHUNG DES FREIBETRAGS**

6  
7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert sich für eine signifikante Erhöhung des  
8 Freibetrages für Familienmitglieder von Menschen die Sozialhilfe  
9 beziehen einzusetzen.

#### 10 **Begründung:**

11 Familienmitglieder von Menschen die Sozialhilfe beziehen und sich in einem gemeinsamen  
12 Haushalt befinden werden strukturell davon abgehalten sich nebenbei ein eigenes  
13 Einkommen zu verdienen, indem die Sozialhilfe in der gleichen Höhe des Einkommens  
14 vom Sozialhilfe Empfänger gestrichen wird. Dadurch entstehen für das Sozialhilfe  
15 empfangende Familienmitglied Einkommenslücken, die nur dadurch behoben werden  
16 können, indem das Erwerbstätige Familienmitglied die Summe an gestrichenen Leistungen  
17 nun zurückzahlt oder seine Erwerbstätigkeit aufgibt  
18

19  
20 Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer und auch für den Staat selbst entstehen durch  
21 dieses System weitreichende Nachteile. Arbeitnehmer leiden darunter, dass es sich für sie  
22 nicht lohnt, arbeiten zu gehen da sie meistens die Summe an gestrichener Leistung dem  
23 Familienmitglied aus ihrem Lohn zurückzahlen, um Einkommenslücken zu vermeiden. Je  
24 nach Höhe der Sozialleistungen müsste die betroffene Person die Hälfte, gar den ganzen  
25 Lohn zahlen, was sich überhaupt nicht lohnen würde und deshalb oft die Entscheidung  
26 getroffen wird gar nicht arbeiten zu gehen, statt Abzüge in Kauf zu nehmen. Für  
27 Arbeitnehmer entstehen dadurch fehlende Mitarbeiter. Der Staat sanktioniert somit das  
28 Arbeiten, anstatt es zu fördern und stellt sich somit vielen Menschen, die auf der Suche nach  
29 einer Arbeit sind in den Weg. Das führt dazu, dass mehr Menschen Schwarz Arbeiten, um  
30 diesen Problemen zu entgehen. Der Staat kann dadurch keine Regulierung und Einhaltung  
31 von Arbeitsschutz Gesetzen sowie Löhne kontrollieren  
32

33 Kinder und Jugendliche aus diesen prekären Familien geht es bereits finanziell sowie  
34 emotional schlechter als anderen Kindern, deshalb besteht sehr häufig der Wunsch und Wille  
35 nach sozialem Aufstieg. Genau dieser Wille wird dadurch im frühen Alter gebrochen und  
36 kann zu Motivationslosigkeit führen und weitere Spätfolgen mit sich führen  
37

38 Eine Folge dieses System kann bereits im jungen Alter zu sozialer Spaltung führen. Während  
39 Jugendliche aus einem reicheren Haushalt problemlos einen Nebenjob ausführen können,  
40 wird es Jugendlichen aus prekären Familien verboten, gar kriminalisiert dadurch entsteht  
41 bereits im jungen Alter für Jugendliche eine soziale Ungleichheit.



1 **Antrag 16**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf  
3 Adressat: SPD-Ratsfraktion

4  
5 **ERWEITERUNG DER U71 NACH DÜSSELDORF-GARATH**

6  
7 Die SPD-Ratsfraktion wird dazu aufgefordert, sich im Rat der Stadt Düsseldorf für die  
8 Durchführung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich einer Erweiterung der Bahnverbindungen  
9 nach Garath einzusetzen.

10  
11 **Begründung:**

12 Die U71 ist eine Bahn in Düsseldorf, die den Norden mit dem Süden verbindet. Sie bietet  
13 ebenfalls eine Anbindung an die Heinrich-Heine-Universität. Die Bahn endet allerdings im  
14 Stadtteil Benrath, wodurch Anwohner\*innen, die weiter im Süden leben, andere Optionen  
15 wählen müssen. Der SB57, der in Garath-Ost hält und bis zur Uni fährt, hat das strukturelle  
16 Problem nicht gelöst. Der Standort der Haltestelle ist unglücklich gewählt. Für  
17 Anwohner\*innen, die nicht in direkter Umgebung wohnen, gibt es nur die Möglichkeit über  
18 eine nicht barrierefreie Treppe zur Haltestelle zu gelangen. Die einzige Alternative zur  
19 Anbindung an die Stadt bleibt die Nutzung der überfüllten S-Bahn in Garath S, was allerdings  
20 vor allem für jüngere Personen zur späten Tageszeit nicht zumutbar ist. Die Düsseldorfer  
21 Altstadt dient als Treffpunkt für Freundesgruppen an Wochenenden und nach der Schule oder  
22 Arbeit. Die Erweiterung erleichtert außerdem den Arbeitsweg von Menschen, die im Norden  
23 der Stadt arbeiten müssen oder beispielsweise zum Arzt müssen.

24  
25 Die Fahrt mit dem 789 oder 778 von Garath nach Benrath dauert mind. 10 Minuten,  
26 allerdings unter der Voraussetzung, dass der Bus pünktlich kommt. Mit einer Erweiterung  
27 beispielsweise der U71 wird die Fahrzeit deutlich verkürzt und ein Anreiz geschaffen, dass  
28 mehr Anwohner\*innen aus Garath am kulturellen Leben in Düsseldorf teilnehmen können.

29  
30 Der Standort Garath würde durch die Erweiterung auch aufgewertet werden. Zurzeit leben  
31 schätzungsweise 20.000 Menschen in Garath, durch die schlechte ÖPNV-Bindung entsteht  
32 aber leider der Eindruck, dass Düsseldorf in Benrath endet. In Garath gibt es viele soziale  
33 Brennpunkte und es ist im Vergleich zum Rest von Düsseldorf eine Hochburg der AfD. Hier  
34 spielt auch die schlechte Infrastruktur eine Rolle. Man sollte deshalb versuchen, die  
35 Menschen in die gesamte Stadt miteinzubinden. Die vorliegende Infrastruktur ist für einen  
36 Stadtteil der Landeshauptstadt des größten Bundeslands nicht tragbar. Aus diesem Grund  
37 wäre es sinnvoll, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, um zu prüfen, inwiefern eine  
38 Erweiterung möglich wäre.



## Antrag 17

Antragsteller: Jusos Düsseldorf + AsF  
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

## FRAU, LEBEN, FREIHEIT – FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK FÜR IRAN

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert folgende Maßnahmen umzusetzen, die das Regime im Iran schwächen und somit allen, die sich gegen das Regime stellen und für die Freiheit ihres Landes auf die Straßen ziehen, helfen sollen, insbesondere den iranischen Frauen, die seit Jahrzehnten der Repression und dem Terror der Mullahs ausgesetzt sind:

1. die Verhandlungen zum Wiederbeleben des Atomabkommens (JCPoA) - Joint Comprehensive Plan of Action – eingefroren werden.
2. Sanktionen gegen die Kollaborateure mit dem iranischen Regime durchgesetzt werden.

### **Begründung:**

Die mutmaßliche Ermordung der jungen Kurdin Mahsa Amini in Polizeigewahrsam, nach der Verhaftung durch die Sittenpolizei, hat eine Protestwelle im Iran losgetreten. Ihr zu Grunde liegen die Menschenrechtsverletzungen, denen oftmals vor allem Mädchen und Frauen ausgesetzt sind. So ist Diskriminierung im Iran gegenüber Frauen eben keine Seltenheit, sondern systemisch bedingt und gewollt: Der Iran gehört mit nur vier weiteren Ländern zu den Nicht-Unterzeichnern der UN- Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegenüber Frauen. Diese abstrakt scheinende Tatsache jedoch zeigt für die Betroffenen gravierende Auswirkungen in Ihrem Leben:

- Durch die angewandte Scharia sind Frau in fast allen Rechtsbereichen stark benachteiligt.
- Frauen dürfen bestimmte Berufsgruppen wie das Richteramt nicht anstreben.
- Im Vergeltungsrecht haben Frauen ebenfalls nur den halben Wert eines Mannes.
- Vor Gericht zählt die Aussage einer Frau halb so viel wie die eines Mannes – oft werden Zeuginnen gar nicht erst angehört.
- Eine Frau muss ihrem Mann sexuell verfügbar sein, Vergewaltigung in der Ehe ist kein Tatbestand.
- In den aller meisten Fällen kann nur der Mann sich von seiner Frau scheiden und nicht auch umgekehrt.
- Gewalttätige Handlungen eines Mannes sind zunächst kein Scheidungsgrund.
- Ehrenmorde sind praktisch straffrei.
- Es herrscht Kopftuchpflicht.

Neben Frauen diskriminiert das Regime akribisch auch andere Gruppen. So werden homosexuelle Handlungen mit der Todesstrafe vergolten. Darüber hinaus werden LGBTIQ+ Personen mit Elektroschocks „behandelt“, um sie zu „heilen“. Prinzipiell gilt im Iran, dass Meinungsäußerungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit von den Behörden stark eingeschränkt werden.

Internetseiten von sozialen Medien werden zeitweise blockiert und kritische Medienbetriebe geschlossen.

Es kann nicht sein, dass die Deutsche Außenministerin Baerbock sich zu einer Feministischen Außenpolitik bekennt diese nach außen hin vertritt, jedoch einknickt, wenn es konkret um die Rechte von Mädchen, Frauen und Minderheiten geht. Jetzt braucht es ein klares solidarisches Signal der Bundesrepublik Deutschland mit den Protestierenden im Iran und im Exil. Daher muss die BRD klar signalisieren, dass sie das Regime im Iran nicht anerkennt und ihre handelnden Akteure und Institutionen sanktioniert werden.



Ordentlicher Parteitag  
SPD Düsseldorf

54 Es geht darum die Protestierenden im Iran zu ermutigen und klar zu signalisieren, dass wir  
55 uns solidarisch mit ihnen zeigen, und dass der Westen eben nicht wegschaut. Dass wir eine  
56 Feministische Außenpolitik mit Leben füllen und uns dafür einsetzen, dass die Elite des  
57 Regimes und ihre Organisation in Hamburg mit aller Schärfe sanktioniert werden.



## 1 **Antrag 19**

2 Antragsteller: Jusos Düsseldorf/Juso Hochschulgruppe/OV Düsseldorf-Flingern  
3 Adressat: Landesparteitag NRW SPD  
4

### 5 **STUDIERENDENWERKE AUSFINANZIEREN –** 6 **HOCHSCHULEN ALS LEBENSRAUM ERHALTEN** 7

8 Die SPD Düsseldorf fordert die NRW SPD auf, sich für die Ausfinanzierung der Studierenden-  
9 werke einzusetzen und darauf hinzuwirken, Hochschulen wie Schulen und Kindertagesstätten  
10 von den pauschalen Zielen zur Energieeinsparung im öffentlichen Raum auszunehmen. Des  
11 Weiteren soll Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, möglichst bald eine Lösung für  
12 die Auszahlung der 200 € Einmalzahlung an Studierende zu finden, damit diese für die  
13 anstehende Heizkostenabrechnung auch zur Verfügung steht. Die NRW SPD soll sich dafür  
14 stark machen, dass hierbei keine Entscheidung ohne eine angemessene Mitsprache durch die  
15 Studierendenschaft getroffen wird.  
16

#### 17 **Begründung:**

18 Schon während Corona hat sich gezeigt, wie wenig Studierende von der CDU-geführten  
19 Landesregierung mitgedacht wurden: Bibliotheken waren über lange Phasen geschlossen  
20 und die Lehre massiv eingeschränkt. Gerade erst hatte sich der Alltag an den Hochschulen  
21 wieder normalisiert, die Präsenzlehre schien gesichert und Forschung war ohne  
22 Einschränkungen möglich.

23 Doch nun wird Lehre und Forschung erneut massiv eingeschränkt, ohne dass die  
24 Lebenssituation der Studierenden ausreichend in den Blick genommen wurden.  
25

26 Die Geldnot der Studierendenwerke kommt nicht von ungefähr. Lange schon setzten diese  
27 sich an der Seite der Studierendenschaft für ihre Ausfinanzierung ein, weshalb ausdrücklich  
28 betont werden soll, dass sich der Appell nicht gegen die Studierendenwerke richtet. Zu  
29 lange ist dort nichts passiert: Die Kosten und die Zahl der Studierenden nahmen zu, ohne  
30 dass die Finanzierung durch das Land entsprechend erhöht wurde.  
31

32 Nun muss die Landesregierung endlich reagieren! Die Studierendenwerke sind gezwungen,  
33 die Teuerungen bei Lebensmitteln und Energie an die Studierendenschaft weiterzugeben  
34 und die damit sowieso schon angespannte finanzielle Lage der Studierenden noch weiter  
35 zu verschärfen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Essen in der Mensa um bis zu 30 %  
36 teurer und Mieten in Studierendenwohnheimen erhöht werden. Das Land muss nachhaltig  
37 Abhilfe schaffen und mehr Geld für Studierendenwerke bereitstellen.  
38

39 Stattdessen spart die Landesregierung auch noch im Herzen der universitären  
40 Forschung, indem Bibliotheken wie an der Heinrich-Heine-Universität, inklusive der  
41 Universitäts- und Landesbibliothek, früher schließen. Diese Entscheidung wurde  
42 offensichtlich ohne Studierende und damit fernab von studentischen Lebensrealitäten  
43 gefällt. Berufsbegleitendes Studieren oder auch nur der Minijob, um die Kostenexplosion  
44 zu stemmen, ist nicht mit dem Studium vereinbar, wenn beispielsweise die Fachbibliothek  
45 Rechtswissenschaften am Wochenende schon um 16 Uhr schließt. Die Universität muss  
46 von der pauschalen 20%-Regelung ausgenommen werden oder es müssen weniger  
47 einschneidende Einsparpotentiale aufgetan werden, die nicht die Qualität von Lehre und  
48 Forschung bedrohen.  
49

50 Der Bund ist mit der Verkündung der Einmalzahlung für Studierende über 200 € einen ersten  
51 wichtigen Schritt gegangen, doch nützt das Geld nichts, wenn es erst im nächsten Sommer  
52 an- kommt. Die finanziellen Engpässe bei Studierenden werden im Winter besonders hart und  
53 müssen akut abgefedert werden. Dabei ist auch klar: Langfristig ist der Lage nur mit einer



Ordentlicher Parteitag  
SPD Düsseldorf

54 grundlegenden Reform des BAföG beizukommen. Wer jetzt erwartet, dass die für die Höhe  
55 des BAföG relevanten Löhne von Geschwistern Studierenden über den Winter helfen,  
56 ignoriert die Hilferufe der Studierendenschaft absichtlich.

57

58 Das Sparen an der Zukunft muss ein Ende haben. Eine Rückkehr in Praxen, die schon  
59 während der Coronapandemie nicht praktikabel waren, muss verhindert werden. Der  
60 Hochschule und den Studierenden muss endlich die Bedeutung als Bildungseinrichtung  
61 zukommen, die sie für unser Land haben. Wie auch während Corona trägt die  
62 Studierendenschaft solidarisch notwendige Maßnahmen mit, doch darf dadurch das Studium  
63 nicht gefährdet werden.



## Antrag 21

Antragsteller: OV Oberbilk  
Adressat: UB-Vorstand Düsseldorf und die SPD-Ratsfraktion,  
SPD-Landesvorstand und Landtagsfraktion, SPD-Parteivorstand und die SPD-  
Bundestagsfraktion, Düsseldorfer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

### ERNEUERUNG DER SPD

Mit der Erneuerung der SPD sind wir noch nicht weit gekommen! Wir fordern eine klarere Kommunikationsstrategie der Partei, in der unsere Anliegen und Forderungen klarer und unterscheidbarer kommuniziert werden.

#### **Begründung:**

Die SPD steht am 12. August 2022 bei der **Sonntagsumfrage** laut Forschungsgruppe Wahlen im Bund **bei 19 %**. Die Grünen bei 26%, die Union bei 26%, die AfD bei 12%, die FDP bei 7%, die Linke bei 4%. <https://sonntagsfrage.com/sonntagsfrage>

Kein SPD-Kabinettsmitglied hat im August mehr positive als negative Werte erzielt. Mit Lauterbach sind 53% der Befragten weniger bis nicht zufrieden; mit Olaf Scholz 55%, mit Christine Lambrecht 64 %. **Oder in Noten ausgedrückt:** Olaf Scholz, 0,8, Hubertus Heil, 0,7, Karl Lauterbach, 0,3. Das wird nur noch getoppt von Markus Söder -0,1, Christian Lindner -0,2, Friedrich Merz -0,2 und Sahra Wagenknecht mit -0,6.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1817/umfrage/noten-fuer-spitzenpolitiker/>

Die Liste wird angeführt von Robert Habeck mit 1,7, Annalena Baerbock mit 1,3, Cem Özdemir mit 1,0. Der FDP reichen für ihre Klientelpolitik 7% Zustimmung in den Umfragewerten. Wenn die SPD Volkspartei bleiben will, sind 19 Prozent Zustimmung nicht ausreichend.

Kein SPD-Kabinettsmitglied der Bundesregierung ist ein öffentliches Gesicht für die wichtigsten Themen, die die Menschen beschäftigen:

**Klimapolitik, Transformationsprozess des Klimawandels, Energiekosten für die Endverbraucher, Mobilität, Inflation,** Haushaltsstrategien, Innovation und Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung, Europapolitik, Rentensicherung, Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, faire globale Handelsbeziehungen, Handelskonflikte, Entwicklungsländer, Umgang mit autokratischen Regimen, aus deren Ländern wir wichtige Materialien beziehen oder deutsche Erzeugnisse hin exportieren, militärische Sicherheitspolitik, Ukraine-Krieg etc.

Auch wenn es in der SPD zu diesen Fragen Expertise geben sollte, ist sie **medial nicht erkennbar**. Die Positionen der SPD müssen sichtbar gemacht werden. Wenn das in der Koalition nicht hinreichend gelingt, dann auf den Plattformen der SPD und nahestehender Organisationen. Bei jedem Koalitionskompromiss sollte die Partei ihren Anteil transparent machen. In einigen Feldern der Sozialpolitik gelingt das, z.B. beim **Mindestlohn** und dem Bürgergeld, das aber auch noch nicht vom Bundestag verabschiedet wurde. In den meisten anderen dargestellten Themen nicht.

Wenn **der Mainstream der Medien** die Positionen der SPD nicht aufgreift, dann muss die SPD eine **nachvollziehbare** Darstellung ihrer Politik auf eigenen Plattformen attraktiv verbreiten. Dazu gehört auch, **wie** die SPD die formulierten Ziele erreichen will. Dazu gehört Wissen, Kenntnis, **Kommunikationskompetenz** und kompetentes politische Personal.



54 In den meisten dieser Politikfelder werden von der SPD noch ihre Ziele aufgezählt, **aber**  
55 **keine Maßnahmen und Zeitraster**, wie und wann diese Ziele und Zwischenziele erreicht  
56 werden sollen. Wenn die Bevölkerung auf diese Fragen aber keine nachvollziehbaren  
57 Antworten erhält, wird sie sich anderen politischen Gruppierungen zuwenden. Das könnte  
58 die AfD sein, dass könnte aber auch eine flexible Union sein, die keine Rücksicht darauf  
59 nehmen muss, was sie früher einmal für wichtig hielt, die sich mit Söder und Merz aus dem  
60 Baukasten der AfD bedient, wie man es jetzt schon in der Frage der Wiederbelebung der  
61 Atomenergie sehen kann.

62  
63 Wer von uns ist in der Lage den Transformationsprozess der Klimapolitik der SPD am  
64 Werbepunkt, einem fragenden Passanten zu erklären, wenn Strom, Wasser, Heizung und  
65 die Wohnungsmiete zu teuer werden? Die SPD muss diese Fragen wieder in die Mitte ihrer  
66 Parteitage, ihres eigenen Diskurses holen und Mandatsträger\*innen auswählen, die sich  
67 dieser Debatte stellen und Impulse geben können. Wir müssen mit Menschen  
68 zusammenarbeiten, die sich jeden Tag mit diesen Fragen beschäftigen, in  
69 wissenschaftlichen Instituten und Verbänden. Wir müssen nicht ihre Positionen in toto  
70 übernehmen, aber wir dürfen uns schlau machen.





## 1 **Antrag 23**

2 Antragsteller: OV Oberbilk  
3 Adressat: UB-Vorstand Düsseldorf, Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Landesvorstand,  
4 Bundestagsfraktion, Parteivorstand

## 5 6 **TRANSPARENZNAVIGATOR**

7  
8 Die genannten Adressatinnen fordern die Stadtspitze-, Landes- und Bundesregierung auf,  
9 einen Transparenznavigator für die aktuellen Herausforderungen, insbesondere in der  
10 Energiepolitik und den anstehenden Transformationsmaßnahmen von der Kommune bis zur  
11 Europäischen Union zu erstellen.

12  
13 Ein erster Schritt, Vertrauen herzustellen, wäre ein monatlich fortzuschreibendes  
14 Transparenz-Register des Transformationsprozesses auf den Webseiten der Kommunen,  
15 der Landesregierungen und der Bundesregierung über ihre Ziele, Maßnahmen, Kosten und  
16 Zeitabläufen zu schaffen, wann welche Schritte erfolgen. Ggf. in leichter Sprache, um es  
17 barrierefrei zu erläutern. Nur, wenn die Menschen die Grundzüge der Veränderungen  
18 verstehen, werden sie urteilsfähig und können sich zwischen alternativen Politikentwürfen  
19 entscheiden.

20  
21 Der Düsseldorfer UB-Vorstand wird gebeten eine „Kommunale Zukunftskommission“  
22 einzusetzen, die dem Parteitag eine Strategie vorschlägt, wie die Ziele des  
23 Nachhaltigkeitsberichtes der Stadt Düsseldorf in den nächsten Jahren zielgenau,  
24 projektbezogen und wirksam erreicht und weiterentwickelt werden können.  
25 Insbesondere sind die Maßnahmen für die Energiekostenminderungen durch den verstärkten  
26 Einsatz von (grüner) Geothermie und Photovoltaik vierteljährlich von der Stadtverwaltung  
27 darzustellen.  
28 Positionierung der SPD im Transformationsprozess von Industrie, Wirtschaft und  
29 Gesellschaft im Bund, im Land und in den Kommunen.

### 30 **Begründung:**

31  
32 Mit Sorge stellen wir fest, dass die SPD bei den großen Herausforderungen der „Wendezeit“  
33 kein attraktives Profil für die meisten Menschen in Deutschland hat. Lediglich beim  
34 Mindestlohn ist die Handschrift der SPD für viele erkennbar, aber das Bürgergeld ist noch  
35 nicht durchgesetzt.

36  
37 Deshalb sollte die SPD nicht nur ihre Ziele nennen, sondern auch darstellen, wie die  
38 einzelnen Schritte aussehen sollen, um diese Ziele zu erreichen. Zur Transparenz gehört  
39 ebenso, was sie auf einer darzustellenden Zeitschiene erreicht, hat bzw. anstrebt, was sie  
40 wegen der anderen Koalitionspartner nicht erreichen konnte und wie die Maßnahmen  
41 bezahlt werden.

42  
43 Die SPD muss sich schon ein wenig mehr bemühen, ihre Politik verständlich darzustellen.  
44 Das ist eine große Herausforderung an die Kommunikationskompetenz der Partei. Die  
45 Vermittlung von wirtschafts-, umwelt-, steuer-, außen-, handels-, bildungs- und  
46 sozialpolitischen Themen dürfen nicht den Talkshows von Lanz, Illner, Wille, Plasberg etc.  
47 überlassen bleiben, deren Expertise auch nur von mittlerer Reichweite sind und im Kern  
48 Unterhaltung bleiben. Die Herausforderung besteht heute darin, verständliche  
49 Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen.

50  
51 Das Netz ist voll von Informationen. Es gibt in Deutschland viel ingenieur-,  
52 naturwissenschaftliches- und ökonomisches Wissen zum Klimawandel, das für Laien aber  
53 nicht einfach nachvollziehbar ist. Dieses Wissen müssen wir wieder für die innerparteilichen



54 Debatten mobilisieren. Deswegen haben öffentliche Institutionen die Aufgabe, auf ihren  
55 Webseiten den „Stand der Technik“ des politischen Entscheidungsprozesses und die  
56 anstehenden Maßnahmen für die einzelnen Handlungsfelder nachvollziehbar darzustellen.  
57 Natürlich müssen zu den einzelnen Themen Quellenhinweise gemacht werden, damit  
58 interessierte Bürger\*innen sich vertieft weiter informieren können. Erst mit einen plausiblen  
59 Themenkompass können wir die politischen Debatten, vor dem Hintergrund unserer  
60 Grundwerte, sinnvoll führen.

61  
62 [https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie\\_und\\_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf)  
63 [Studie.pdf](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf)

64  
65 Nur wenn eine Gesellschaft urteilsfähig ist, können rationale und demokratische  
66 Entscheidungen sinnvoll getroffen werden. Diese werden dann immer noch unterschiedlich  
67 sein, weil politische Entscheidungen interessengeleitet sind. **Aber eben diese Interessen**  
68 **müssen im politischen Entscheidungsprozess transparent werden.** Das kann für  
69 partikulare Interessen, die sich gerne Allgemeininteresse darstellen, unangenehm werden.  
70 Eine Übergewinnsteuer stellt in Deutschland aus Sicht von FDP und der Union die „Freie  
71 Marktwirtschaft“ in Frage. In der EU wird diese Frage ganz anders beurteilt: „Die EU-  
72 Kommission hat Anfang März 2022 eine Leitlinie veröffentlicht, die eine bis zum Ende Juni  
73 2022 befristete Besteuerung von Übergewinnen aus der Stromerzeugung ausdrücklich  
74 erlaubt“

75  
76 [https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie\\_und\\_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf)  
77 [Studie.pdf](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf)  
78 <https://de.wikipedia.org/wiki/Übergewinnsteuer>

79  
80 Wenn man wirtschaftliche, ökologische, politische Zusammenhänge nicht darstellt, streben  
81 Populisten nach der öffentlichen Deutungshoheit und setzen damit Regierungen und  
82 Parlamente unter Druck. Die Ängste der Politik vor einer „Gelbwesten-Bewegung“ in  
83 Deutschland oder vor „Aufständen“ in Deutschland zeigt, wie unsicher die Politik in  
84 Deutschland bereits heute ist, ob die Bevölkerung den Kurs der Regierung durch die  
85 gegenwärtigen Krisen noch mehrheitlich teilt.

86  
87 Da ist die Website der SPD „Und so machen wir das...“ auch keine große Hilfe.  
88 <https://www.spd.de/programm/klimaschutz/>

89  
90 Die meisten von uns sind nicht in der Lage, am Werbepostcard zu erklären, wieviel Strom wir für  
91 grünen Wasserstoff brauchen, ob wir diesen aus eigenen erneuerbaren Energien herstellen  
92 können, um Mobilität, Heizen und Industrieproduktion zu wettbewerbsfähigen Preisen in  
93 Deutschland sicherzustellen.

94  
95 [https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie\\_und\\_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf)  
96 [Studie.pdf](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Wasserstoff/LEE-H2-Studie.pdf)

97  
98 Wenn man die verschiedenen Studien liest, sind die Annahmen unterschiedlich. Demnach  
99 müssten 80 bis 90 Prozent des Stromes für die Wasserstoffherstellung importiert werden,  
100 selbst wenn 2-Prozent der gesamten Fläche der Bundesrepublik für Windenergie zur  
101 Verfügung stehen würden. Jetzt muss „nur noch“ dargestellt werden, wie das alles  
102 organisiert werden soll, usw.

103  
104 Anlage: Beispiele für staatliche, öffentliche Transparenznavigatoren von Städten,  
105 Landesregierungen und der Bundesregierung. Idealerweise auch von der EU-Kommission.



Ordentlicher Parteitag  
SPD Düsseldorf

Tabelle 3 Maßnahmen der Stadt Düsseldorf, wann und wie sie Ihre Ziele nach Ihrem eigenen Nachhaltigkeitsbericht erreicht

Maßnahmen	Quellen	Bis Dez. 2022	1. Halbjahr 2023	2. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2024	2. Halbjahr 2024
	<a href="https://www.klimaspedition.de/duesseldorf/maassnahmen-zur-umsetzung-der-nachhaltigkeitsstrategie">https://www.klimaspedition.de/duesseldorf/maassnahmen-zur-umsetzung-der-nachhaltigkeitsstrategie</a>					
Wie viel Strom aus erneuerbarer Energie						
Wie viel Strom aus Gas, Kohle, Öl						
Was kostet der kWh in Düsseldorf						
Wie viel E-Autos wurden zugelassen						
Wie viele Ladestationen wurden errichtet						
Wie viel PV Anlagen auf öffentlichen Gebäuden mit welcher Leistung installiert?						
Wie viel PV-Anlagen wurden gewerblich mit welcher Leistung installiert						
Wie viel PV-Anlagen wurden privat mit welcher Leistung installiert						
Wie lange dauern die Genehmigungsverfahren?						
Wie viele Unternehmen haben wegen der Energiekosten abgeblieben?						
Wie viele Unternehmen mussten aufhören, wegen zu hoher Energiekosten?						
Wie viele Unternehmen wurden auf der Grundlage von Energieeffizienzmaßnahmen gegründet?						
Wie viele Arbeitsplätze kostete die Umstellung auf erneuerbare Energie?						
Wie viele Arbeitsplätze konnten neu geschaffen werden?						
Wie viele Unternehmen verwenden erneuerbare Energie mit welchen Anteilen?						
Wie viele Häuser wurden gedämmt						



1 **Antrag 24 a**

2 Antragsteller: AG Selbstaktiv

3 Adressat: Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4

5 **WIR STEHEN SOLIDARISCH ZUSAMMEN –**  
6 **MIT ALLEN MENSCHEN MIT BEHINDERUNG**

7

8 Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:

9 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden sich dafür einsetzen, dass

- 10 - allen pflegenden Angehörigen zukünftig Rentenpunkte angerechnet werden,  
11 unabhängig von Vollzeiterwerbstätigkeit  
12 - kurzfristig auch beim Pflegegeld die erhöhten Energiekosten – und Preissteigerungen  
13 berücksichtigt werden.

14

15 **Begründung:**

16 Das heutige System setzt voraus, das pflegende Angehörige ihre Erwerbsarbeit aufgeben  
17 oder reduzieren, dafür werden Rentenpunkte gutgeschrieben. Die Pflegeleistung der  
18 Menschen, die diese Arbeit zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit leisten, wird nicht anerkannt.



1 **Antrag 24 b**

2 Antragstellerin: AG Selbstaktiv  
3 Adressat: SPD-Landtagsfraktion

4  
5 **WIR STEHEN SOLIDARISCH ZUSAMMEN –**  
6 **MIT ALLEN MENSCHEN MIT BEHINDERUNG**

7  
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag beschließt:  
9 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, weiterhin alles zu unternehmen, dass die  
10 Landesbauordnung-NRW barrierefreies und rollstuhlgerechtes Bauen ermöglicht und nicht  
11 verhindert.

12  
13 **Begründung:**

14 Unser Pflegesystem ist darauf ausgerichtet, das alte Menschen und Menschen mit  
15 Behinderungen möglichst lange, eigenständig in ihren Wohnungen leben können. Ein  
16 barrierefreies und rollstuhlgeeignetes Bauen ist nachhaltiger als aufwendiger Umbau von  
17 Wohnungen.